

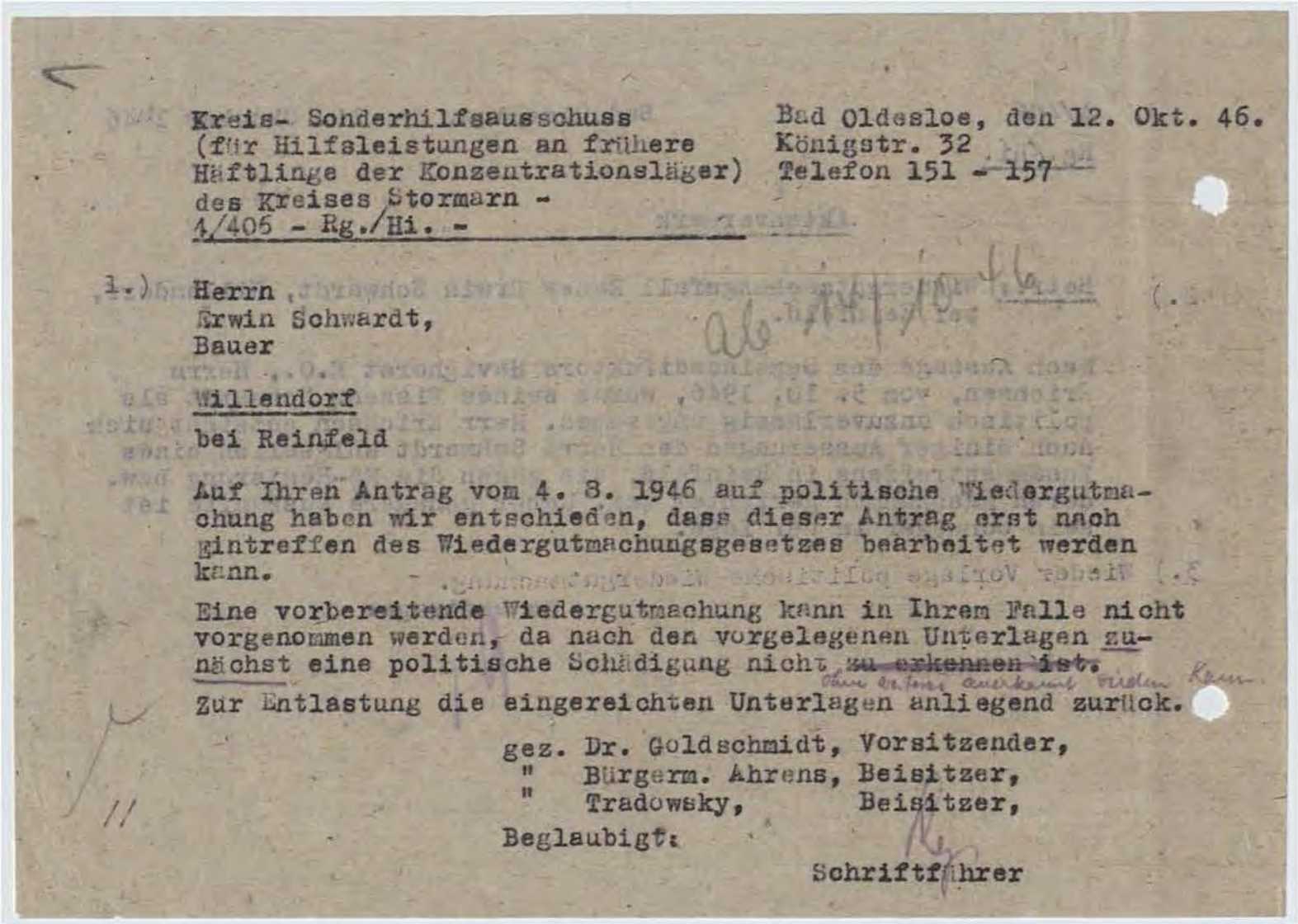
Kreisarchiv Stormarn B2

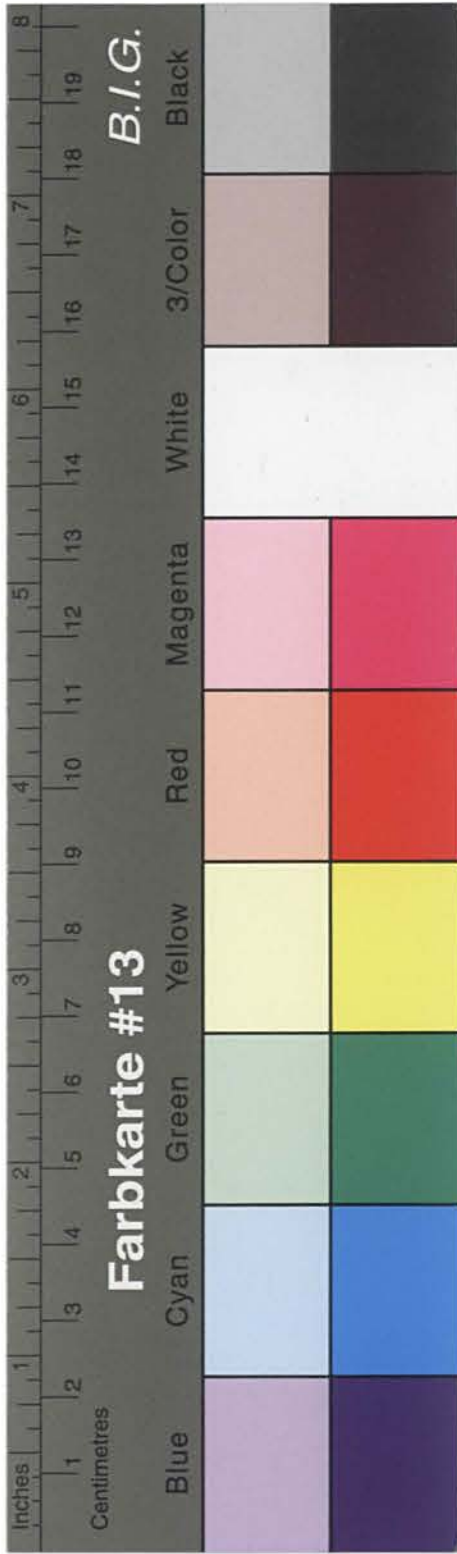
Kreisarchiv Stormarn

Bestand B 2

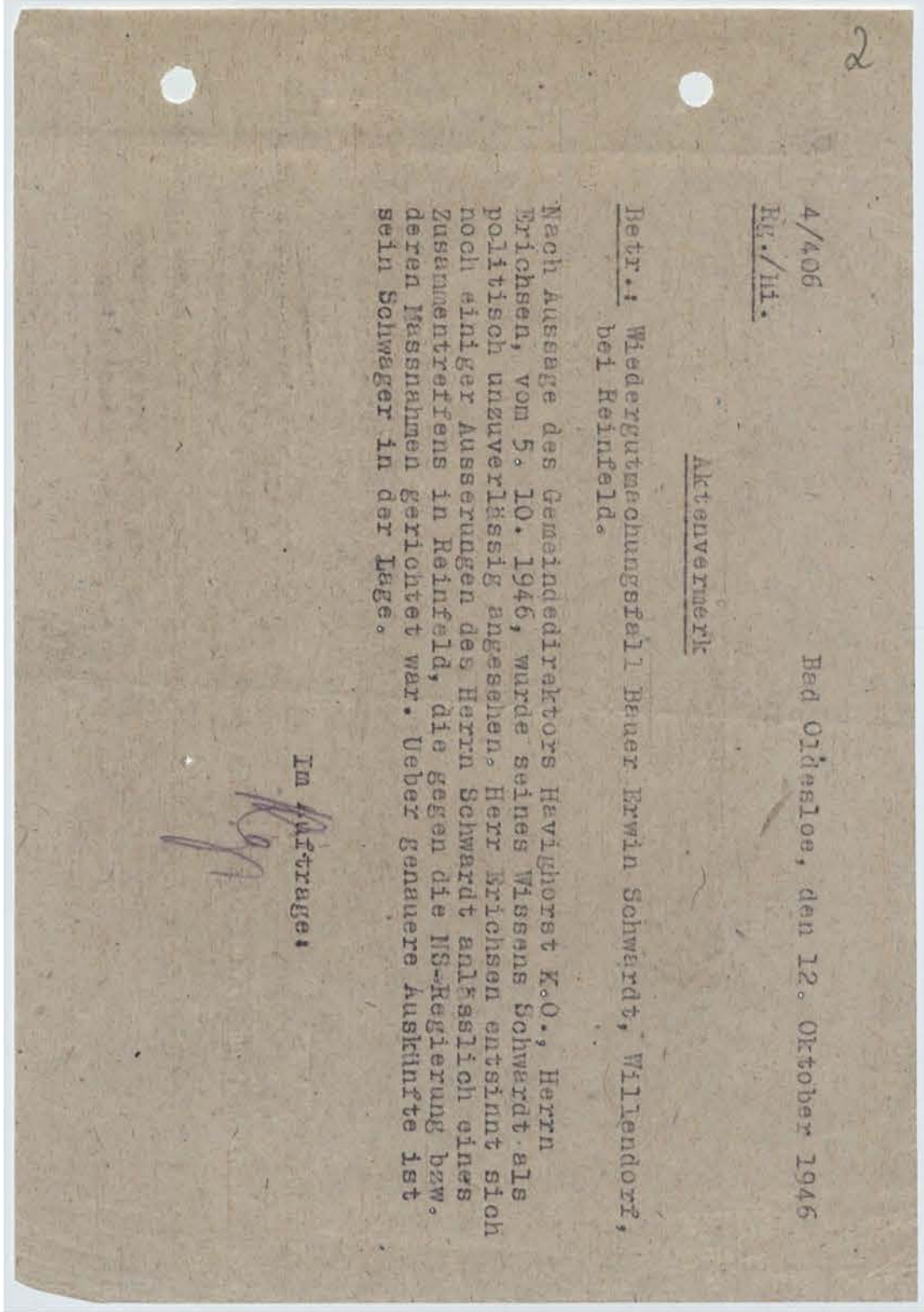
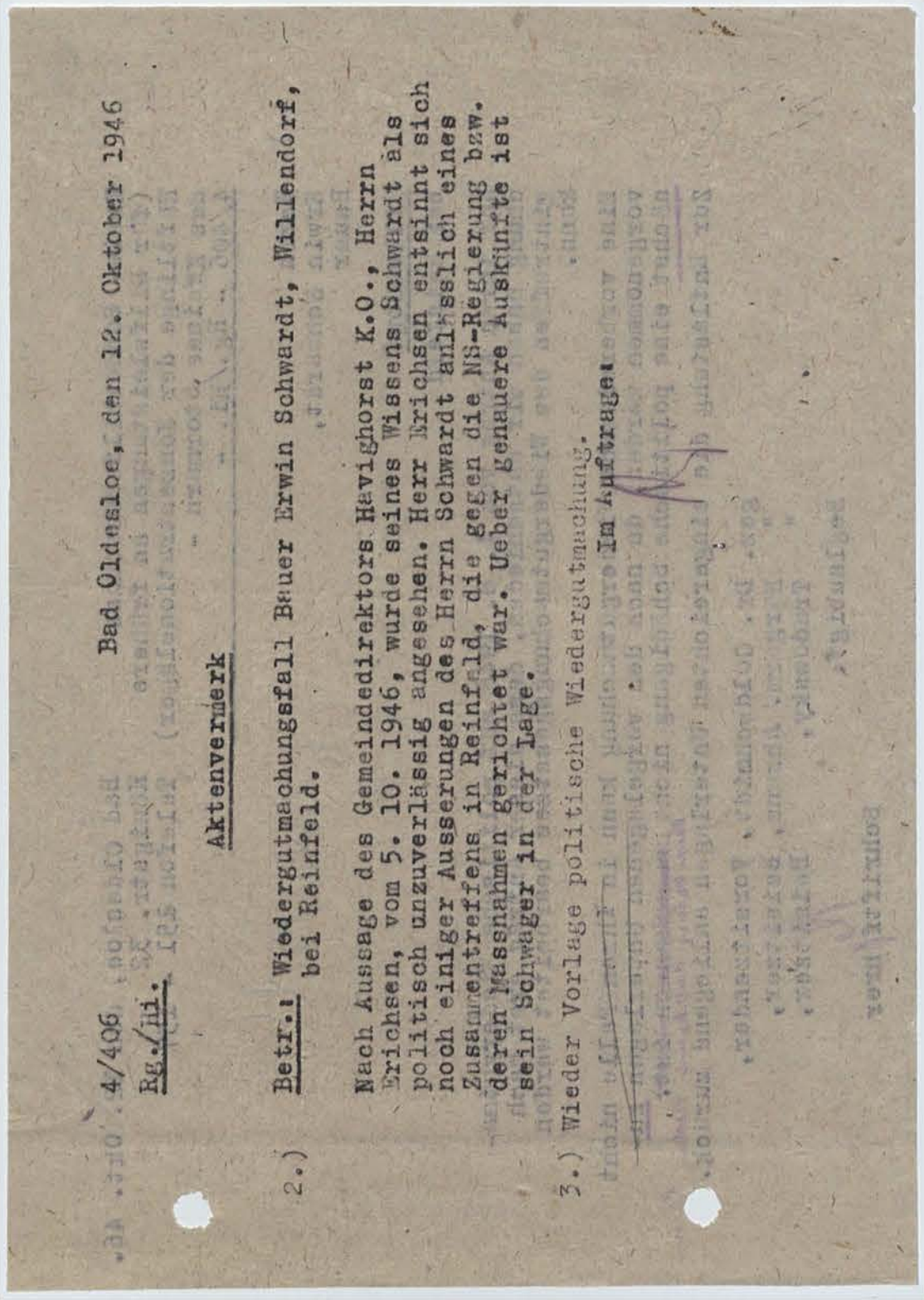
847

Kreisarchiv Stormarn B2

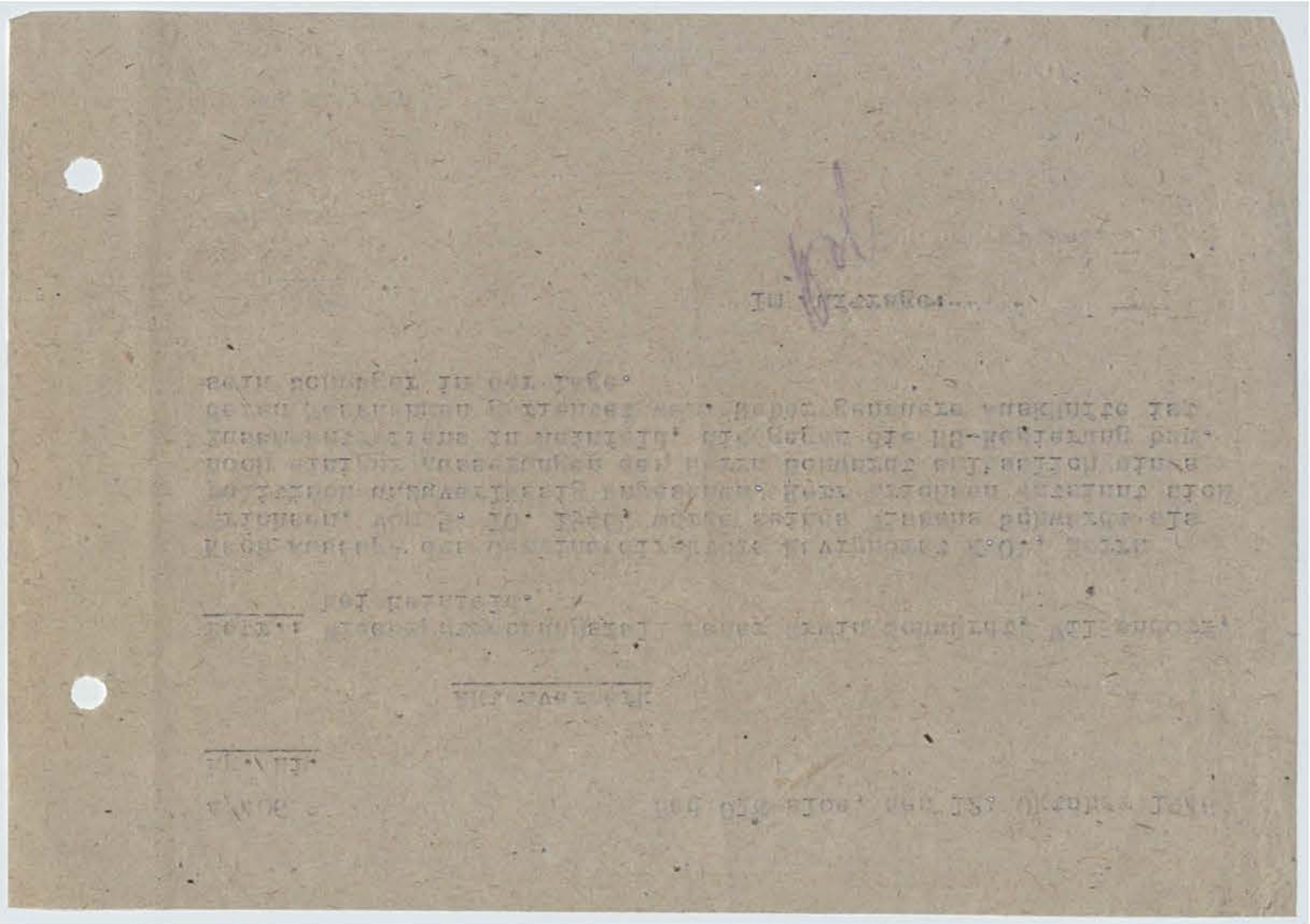
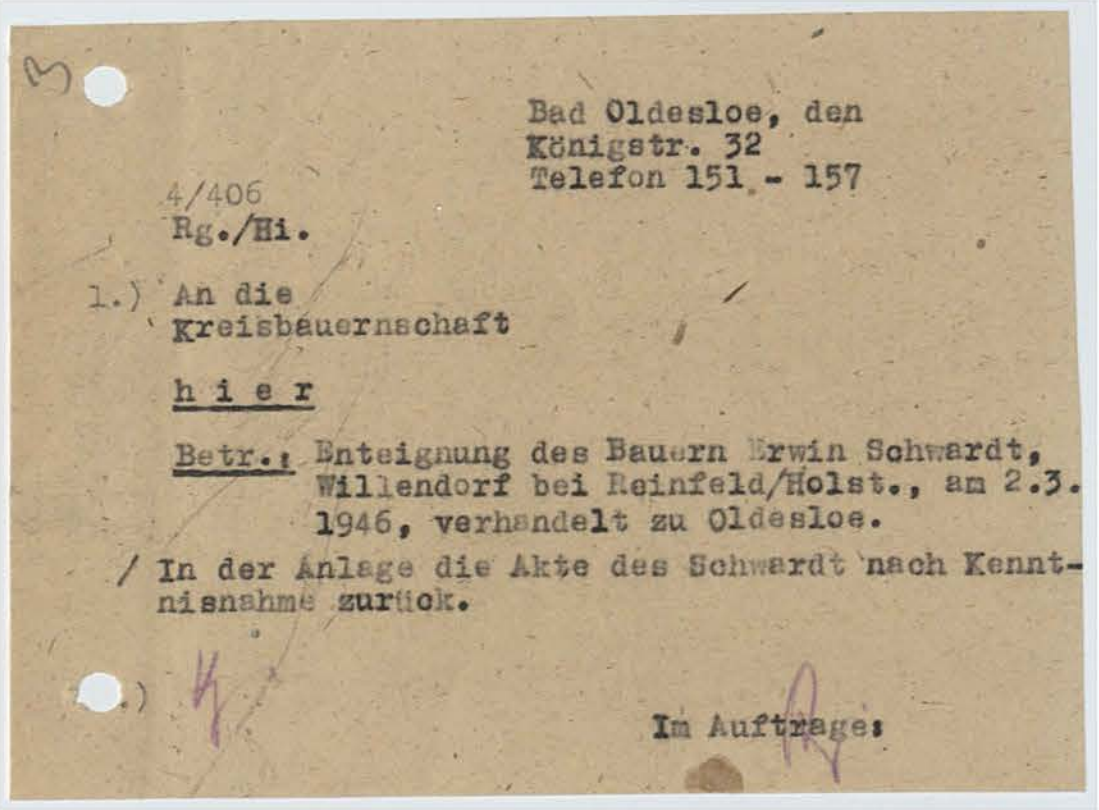




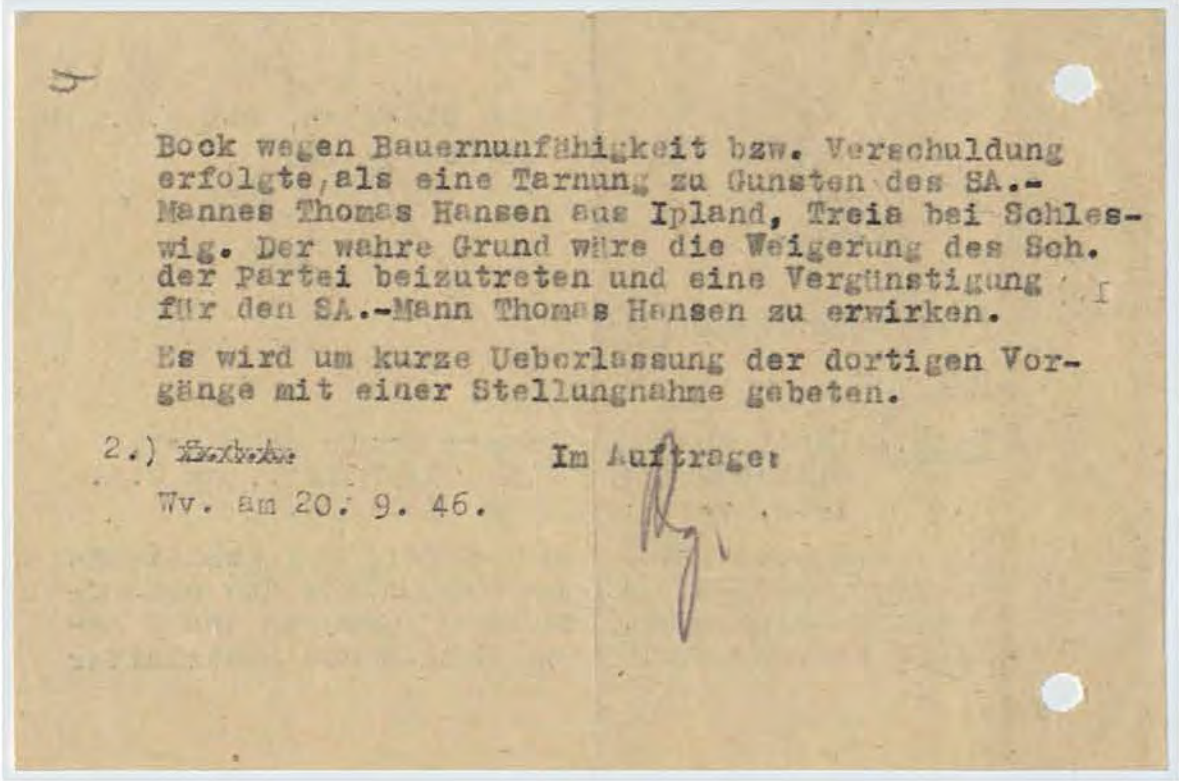
Kreisarchiv Stormarn B2

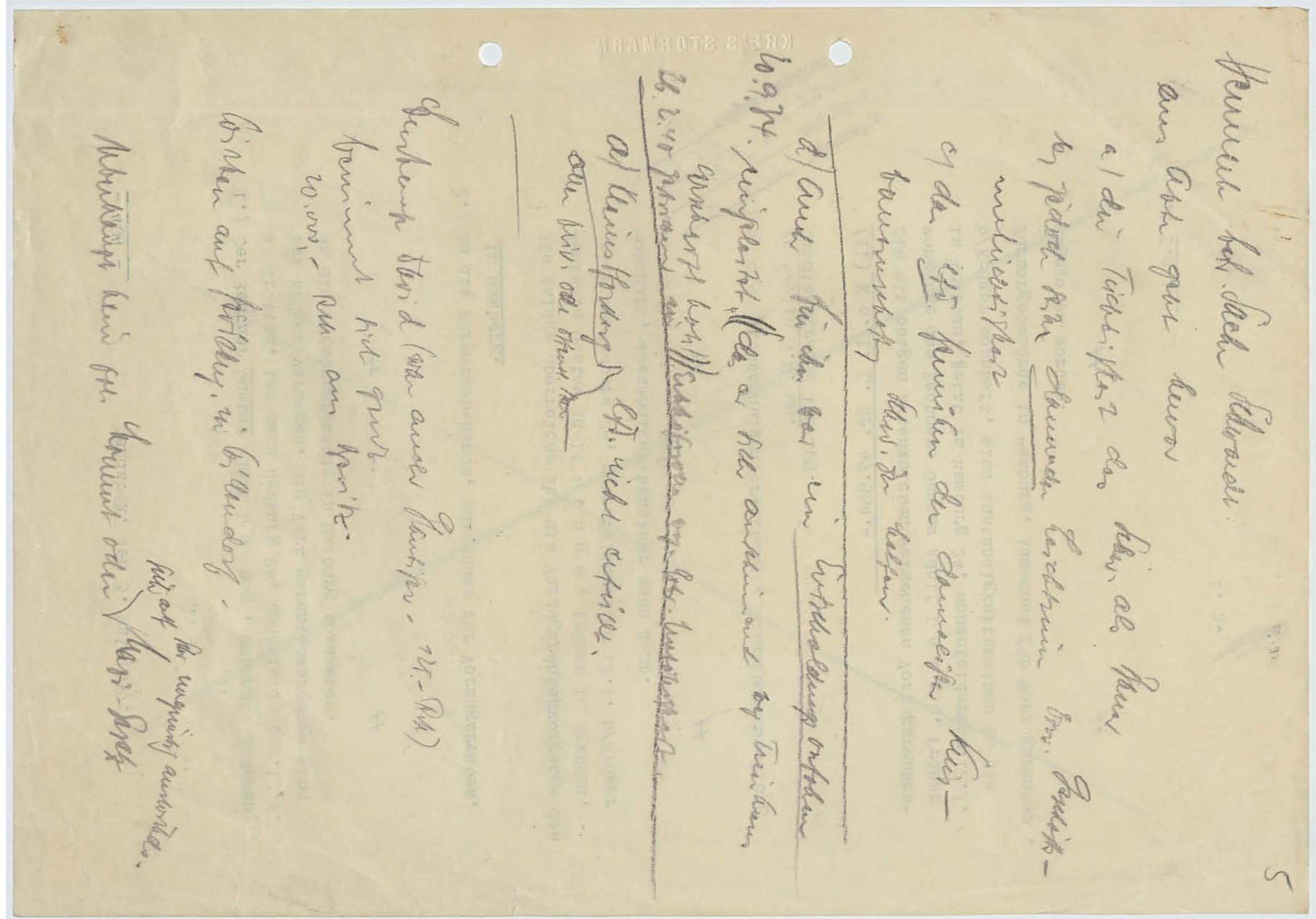


Kreisarchiv Stormarn B2



Kreisarchiv Stormarn B2







- 404 -

Wandsbek, den 3. Mai 1937.

1.) Der Rentner Gustav Adolf L a n e, wohnhaft gewesen in Frittau, ist nach Hamburg 24, Hohenfelderstr. 12, I. b. bei Krüger verzogen. Die Vorzugsrentenvorgänge sind an die Fürsorgebehörde in Hamburg abzugeben.

++

2.) An die Fürsorgebehörde, Ausschuss für Vorzugsrenten, in Hamburg.

Als Anlage überreiche ich die Vorzugsrentenvorgänge des Rentners Gustav Adolf L a n e, früher in Frittau, jetzt in Hamburg 24, Hohenfelderallee 12, I. b. Krüger wohnhaft, zuständigkeitshalber nach dort.

++

3.) An die Reichsschuldenverwaltung, Schuldbuchabteilung in Berlin S.W. 68, Oranienstrasse 106/109.

(11) K.o./I. L. Nr. 47.864.-

Die mit obigem Aktenzeichen versehenen Vorzugsrentenvorgänge des Rentners Gustav Adolf L a n e, früher in Frittau, jetzt in Hamburg 24, Hohenfelderstr. 12, I. b. Krüger wohnhaft, sind zuständigkeitshalber an die Fürsorgebehörde in Hamburg, Ausschuss für Vorzugsrenten, abgegeben worden.

++

4.) Z.d.A.

I. A*

n.

KREIS STORMARN

Telegramm aufgen. 29/4
fertig 25/4
Kopien 25/4
abgesandt 25/4

9

Willendorf, den 4. August 1946

Erwin Schwardt
Willendorf bei
Reinfeld/Holstein

An
die amtliche Fürsorgestelle für
ehemalige politische K.Z.-Häftlinge
beim Kreiswohlfahrtsamt
Bad Oldesloe
Königstrasse 32

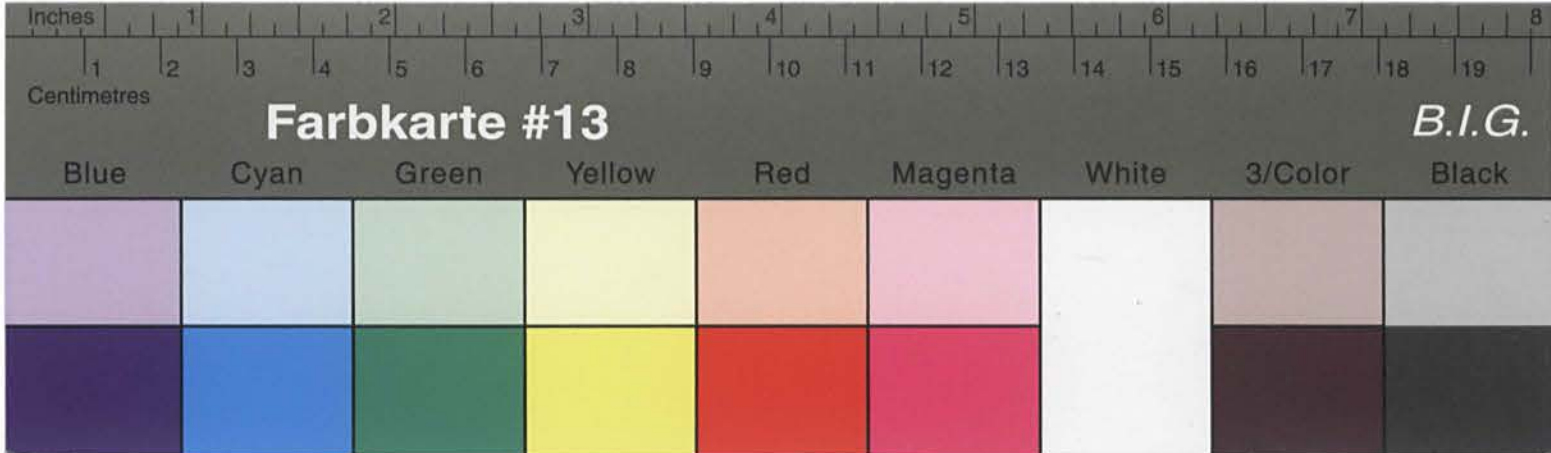
Nachstehend geschilderten Vorfall möchte ich Ihnen zur Kenntnis bringen und Sie bitten, mir zu helfen.

Durch die Reichsstelle für Landbeschaffung wurde mir 1942 als ich Soldat war und als Nicht-Nazi und somit kein Parteigenosse mein Besitz von 44 Hektar zu Gunsten des SA.-Mannes Thomas Hansen aus Ipland, Treia bei Schleswig enteignet.

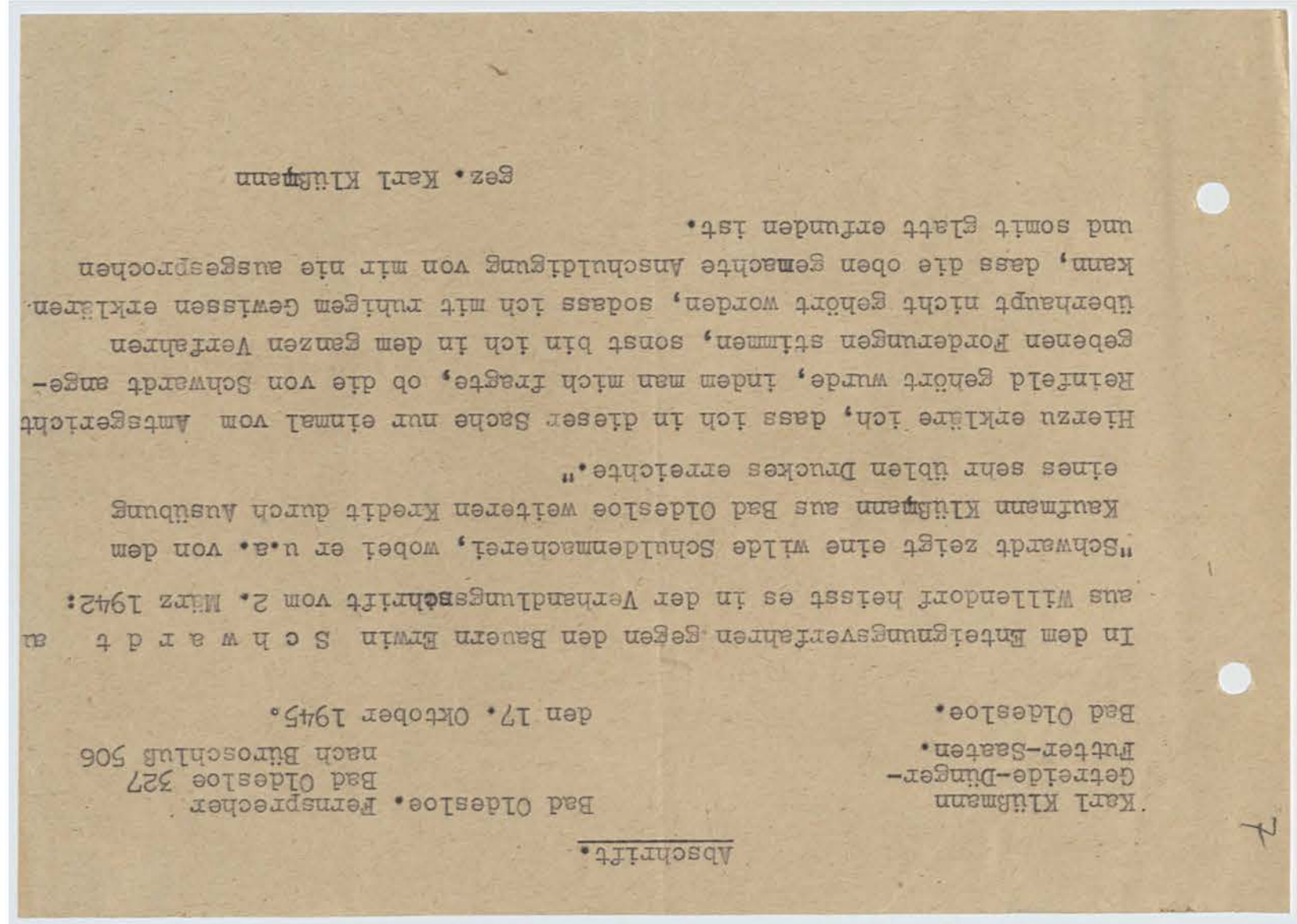
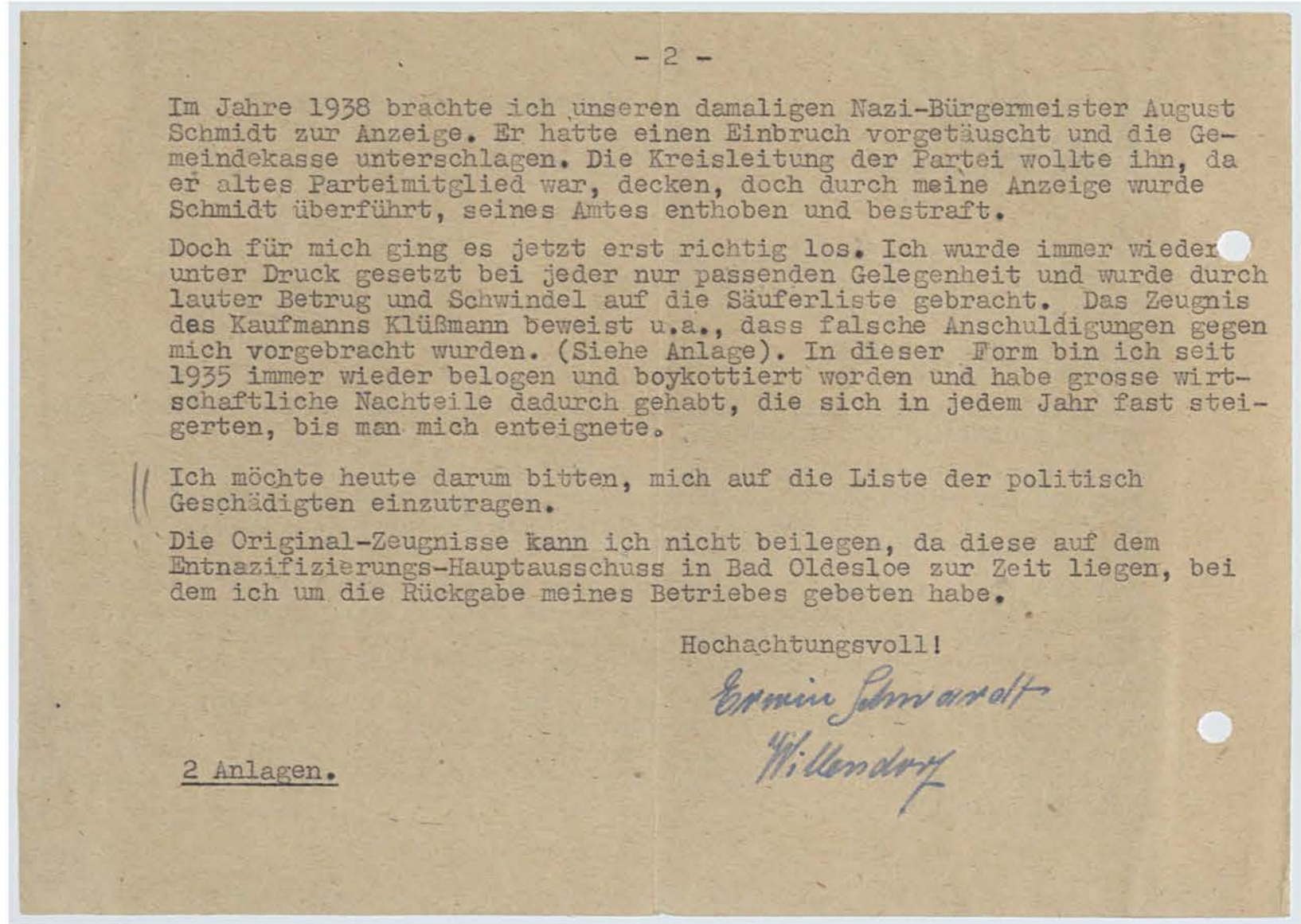
Ich musste meinen Besitz hergeben, ohne dass ich ihn verkauft habe und zu dieser Massnahme auch nicht meine Einwilligung gegeben habe, doch für den SA-Mann musste ich Platz machen. Wäre ich Parteigenosse gewesen oder SA-Mann, dann hätte ich meinen Besitz noch heute.

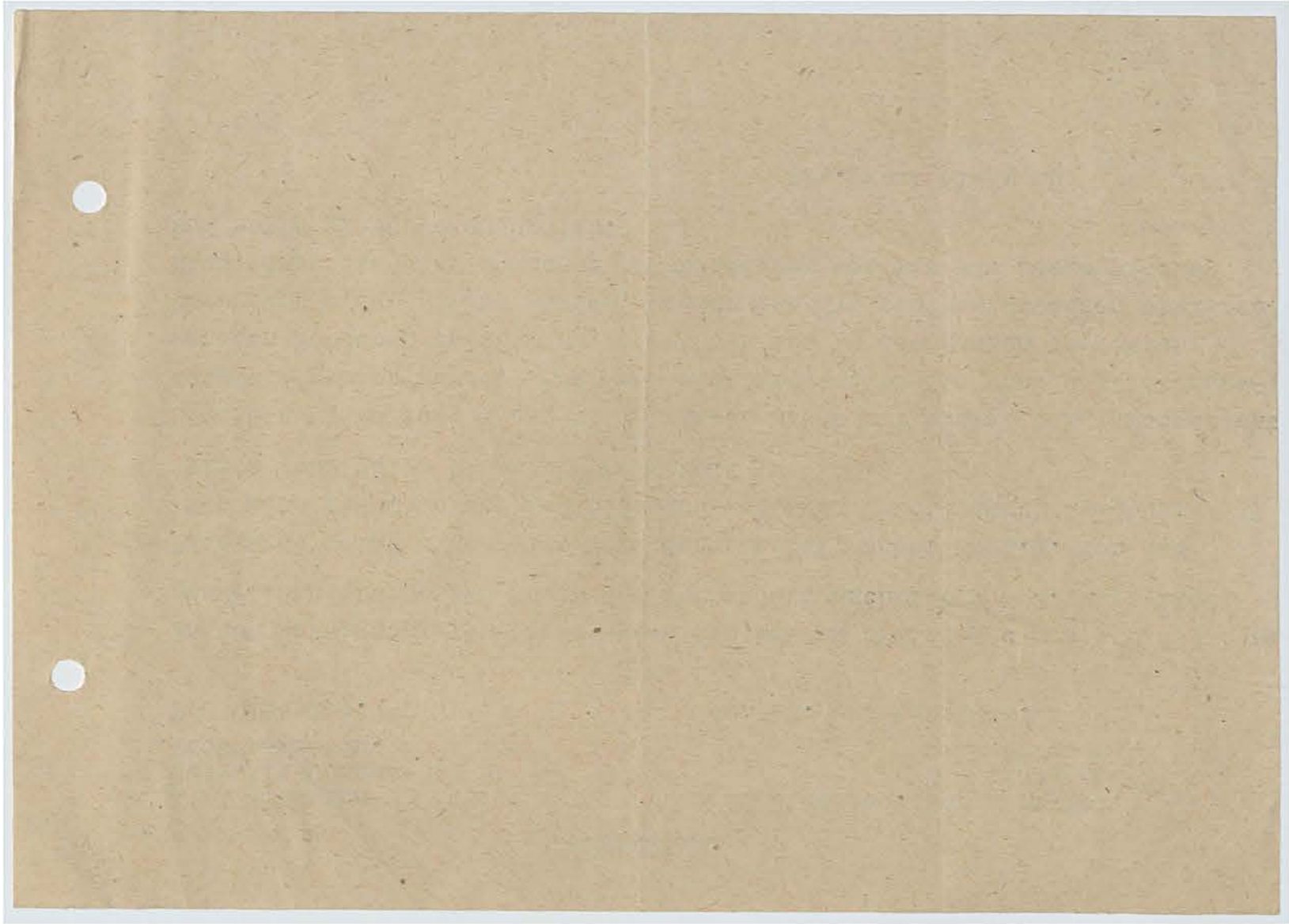
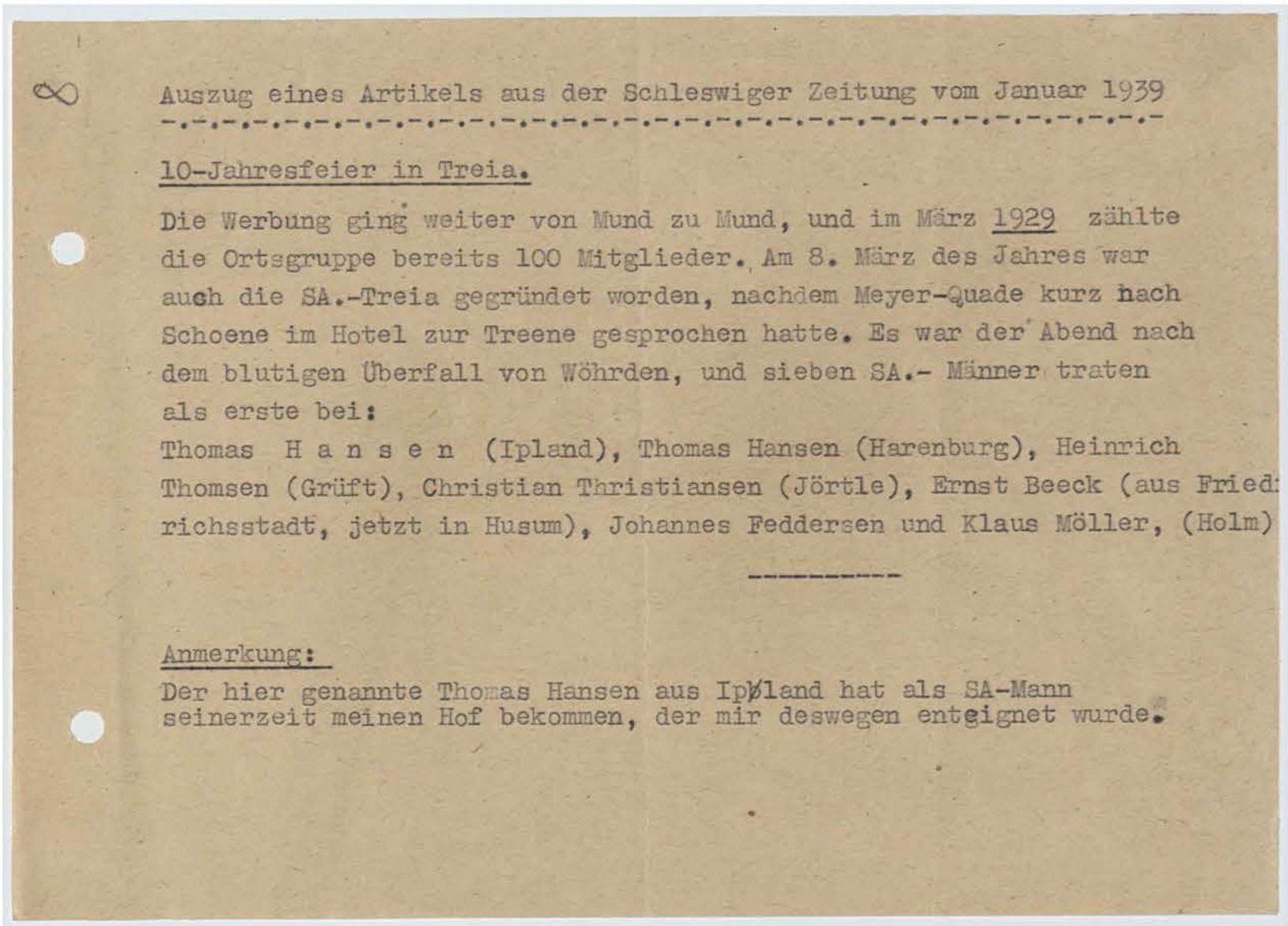
Im Jahre 1935 wurde ich aufgefordert, der Partei beizutreten. Ich habe den Beitritt abgelehnt. Als Gegenmassnahme wurde ich nunmehr auch nicht entschuldigt und auch alle sonstigen Vergünstigungen für die Bauern wurden mir versagt in Bezug auf Zuschuss zur Weideeinteilung, Wohnungsbau und Silobau.

-2-



Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2

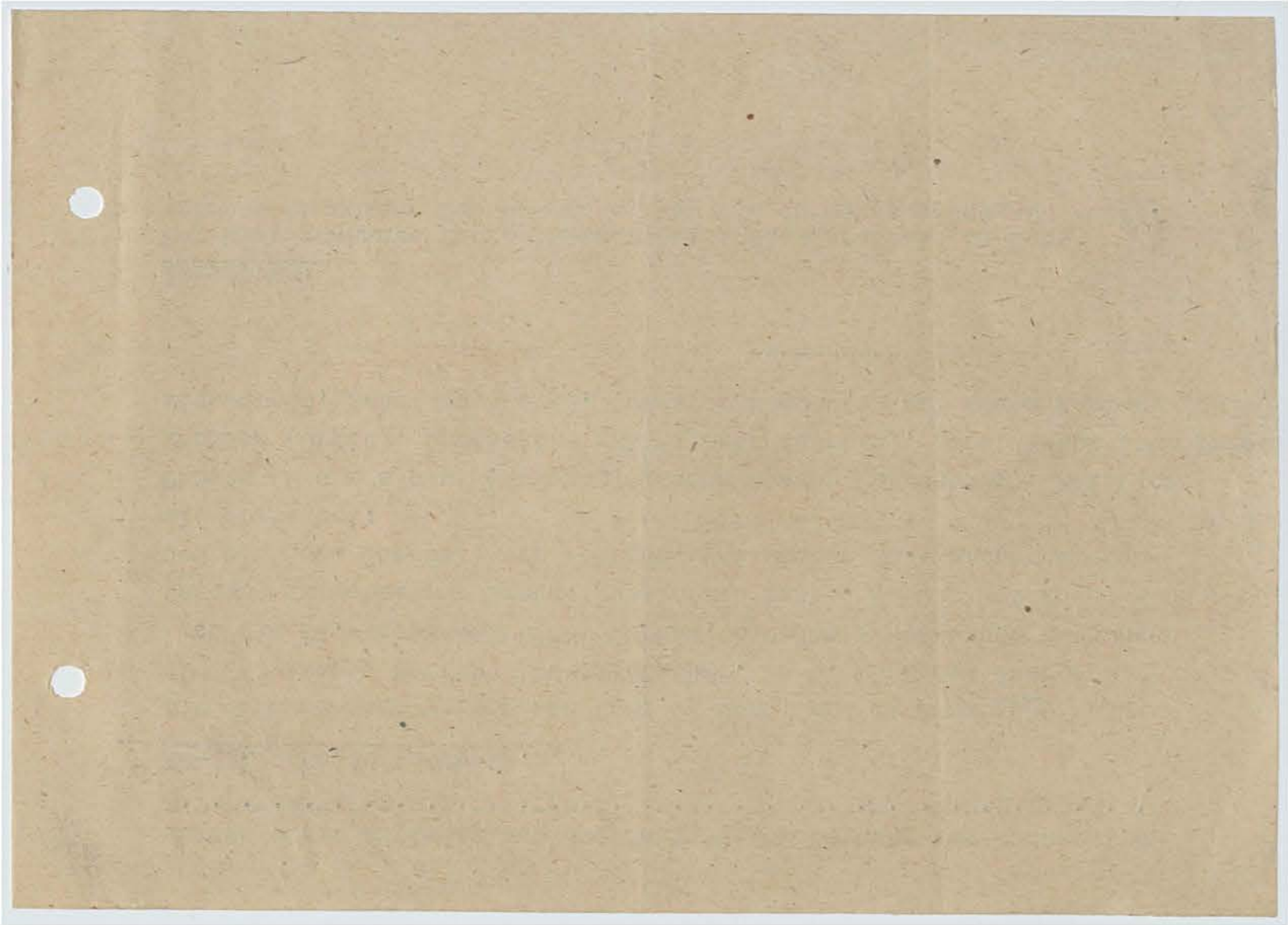
9

Erwin S c h w a r d t
Willendorf bei Reinfeld/H.
Kreis Stormarn

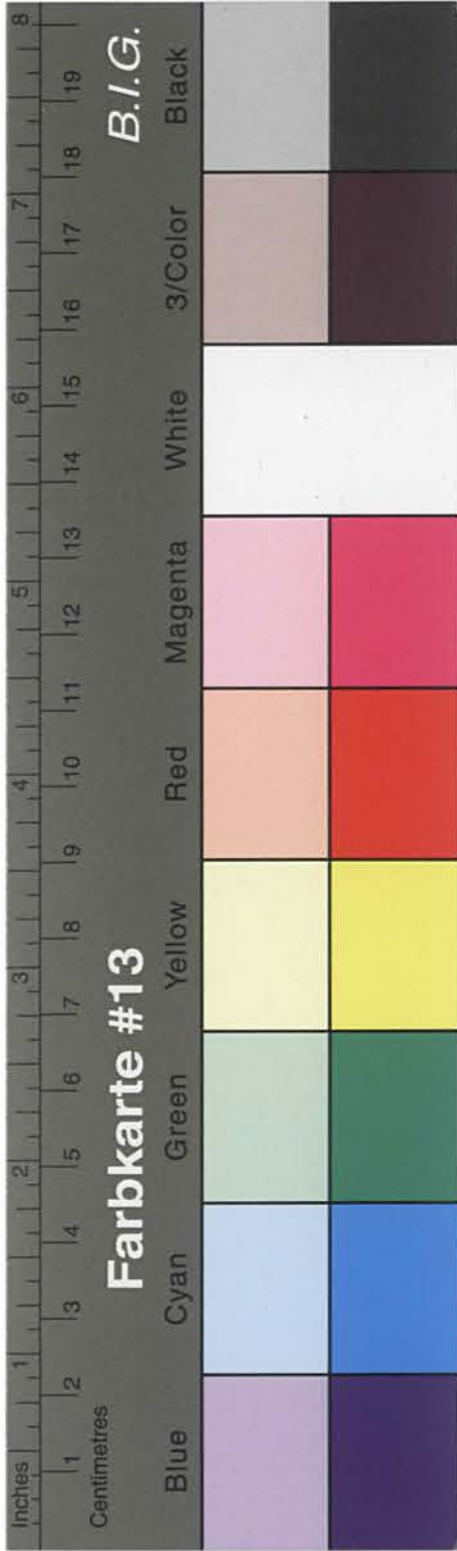
Den 13. Mai 1946

Zu meiner Einstellung zur Nazipartei habe ich folgende Erklärung abzugeben.
Ich war der älteste Sohn meines 1918 im Weltkrieg verlorenen Vaters
Heinrich Schwardt. Ich führte den Besitz seit dem Jahre 1923 selbständig.
Ich hatte noch zwei Brüder und 1 Schwester. Meine Schwester verheiratete
sich 1928. Meine beiden Brüder, die zunächst Neigung hatten, in die Partei
einzutreten, habe ich durch mein Zureden dazu bewogen, nicht mehr in die
Partei einzutreten.
Mein Bruder Adolf Schwardt, geb. 15.3.1915 ist nicht in der H.J. und auch
nicht in der Partei gewesen.
Mein Bruder Henry Schwardt, geb. 16.7.1908 hatte sich 1932 oder 1933 eine
SA-Uniform gekauft und wollte sich in die Partei aufnehmen lassen, doch
habe ich ihn davon abgehalten und die Uniform wieder an die Ortsgruppe
Rehhorst abliefern müssen.
Auf den politischen Fragebogen habe ich mich als Pg. eingetragen, doch
habe ich niemals ein Mitgliedsbuch besessen und nur zwei oder dreimal
Beiträge gezahlt. 1935 wurde ich erneut von dem Ortsbauernführer aufge-
fordert, in die Partei einzutreten, doch habe ich wieder abgelehnt.
Zu den früher unter den Nazis stattgefundenen Wahlen hat man mich immer
erst holen müssen, da ich freiwillig nicht hingegangen bin.

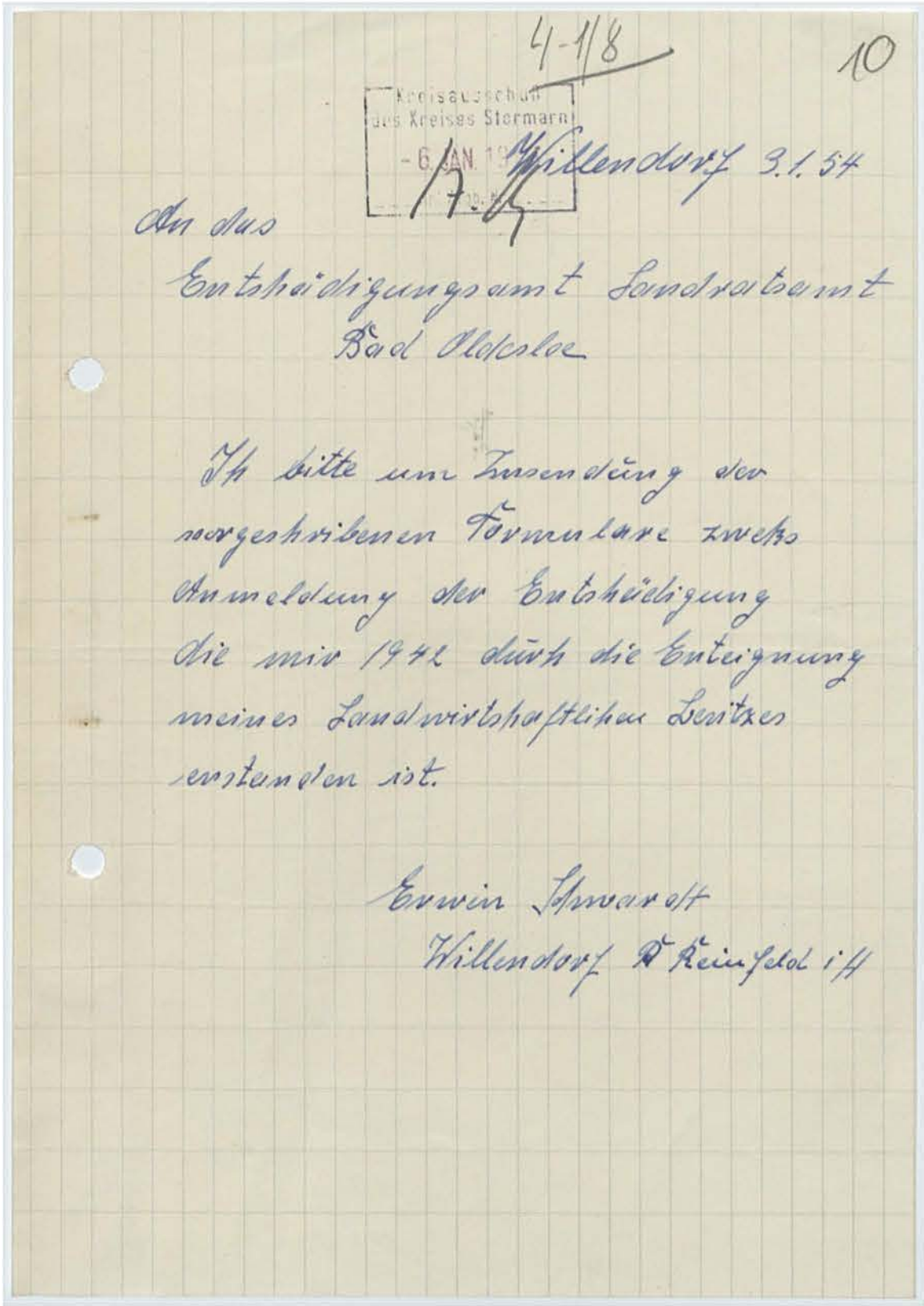
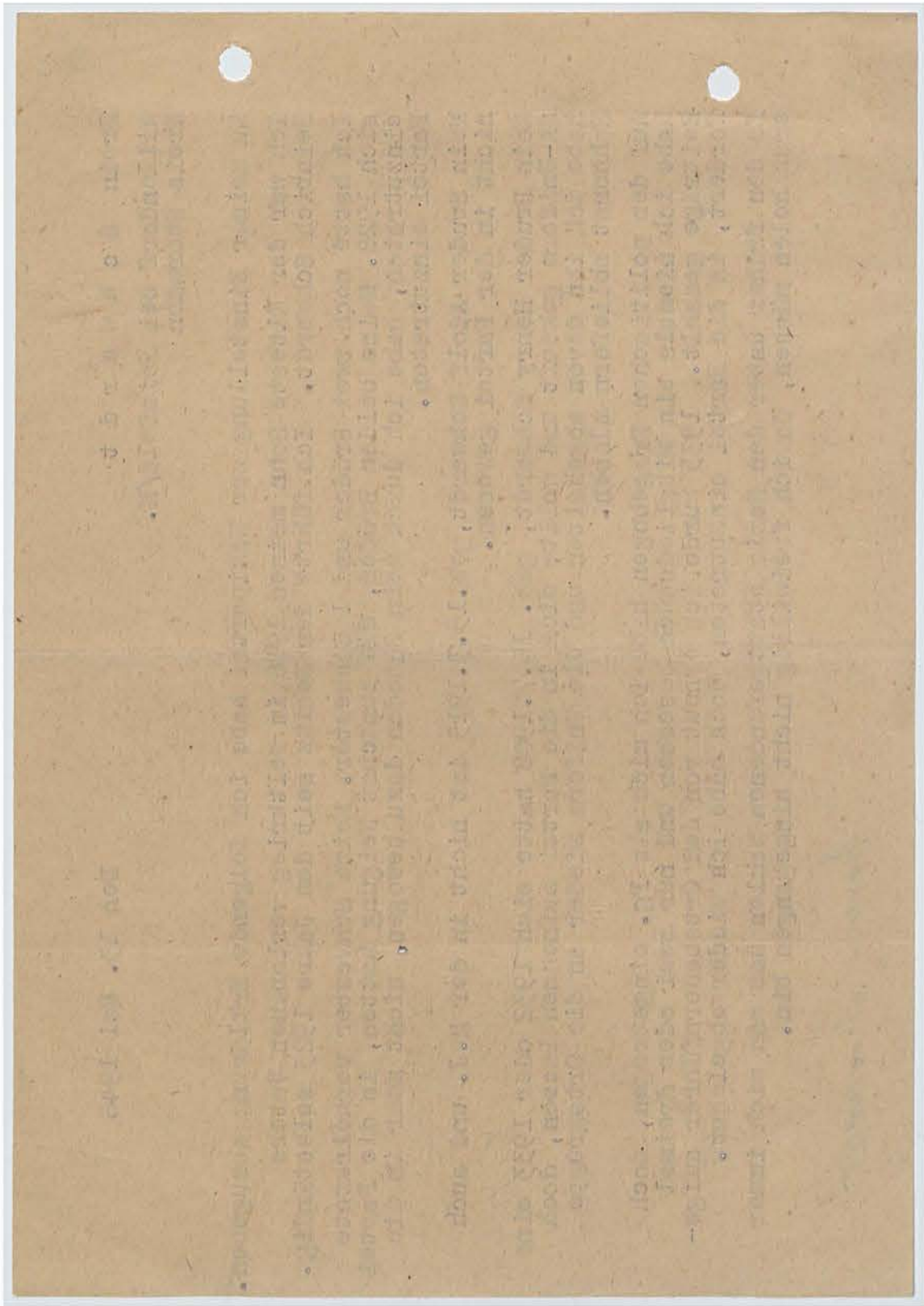
Erwin Schwardt

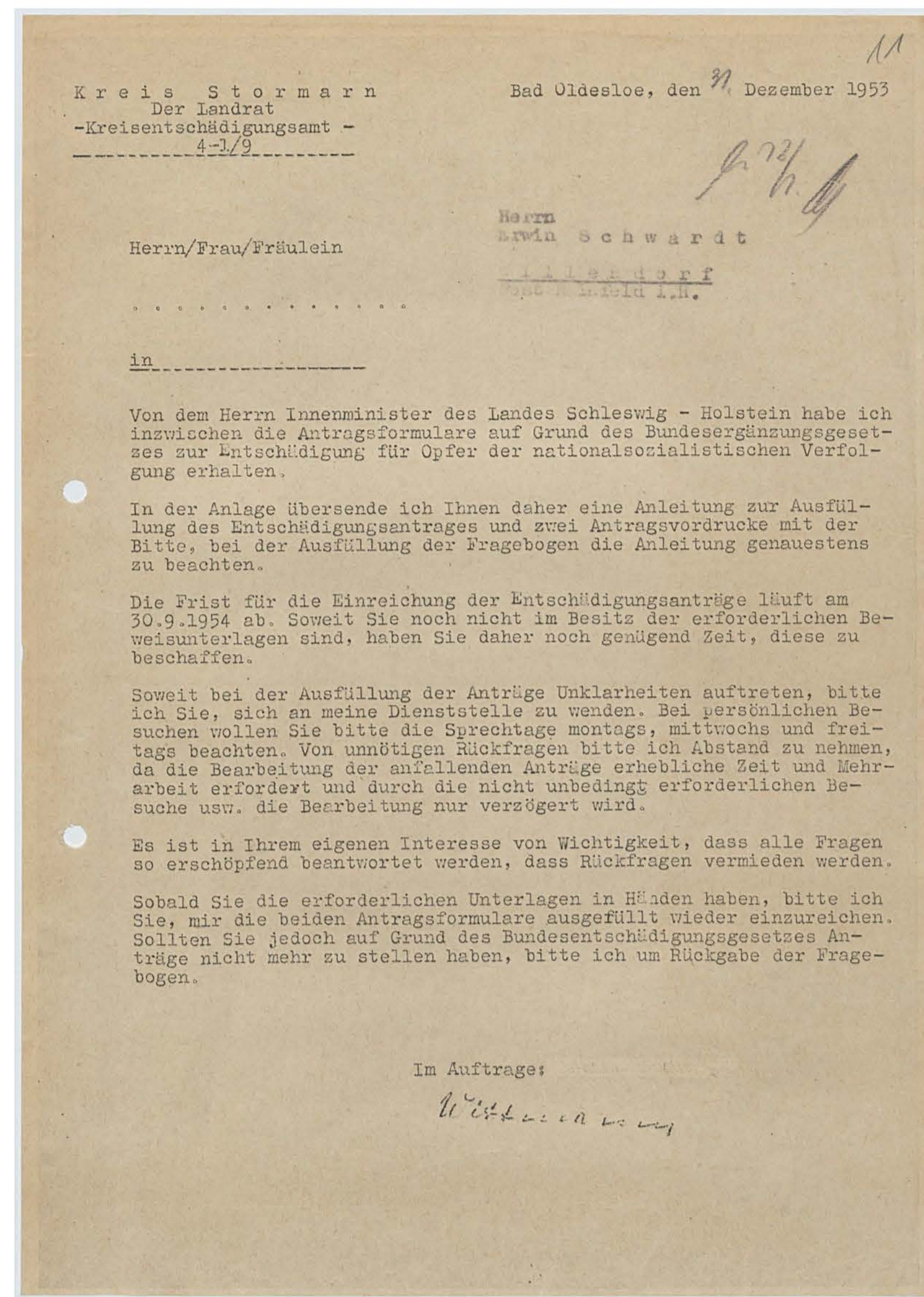


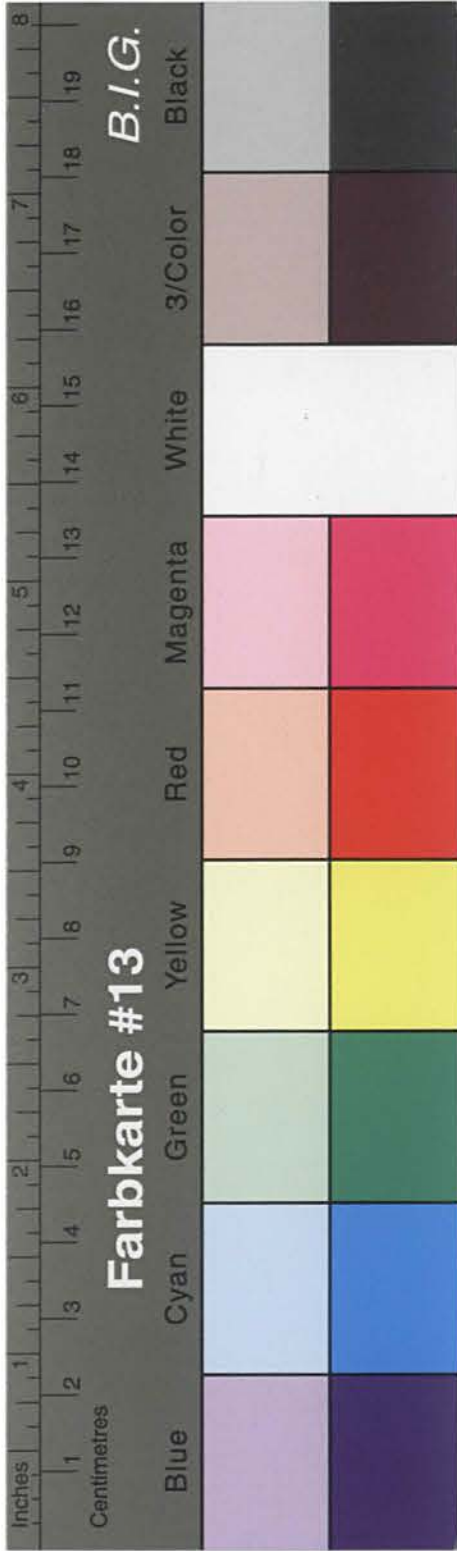
Kreisarchiv Stormarn B2



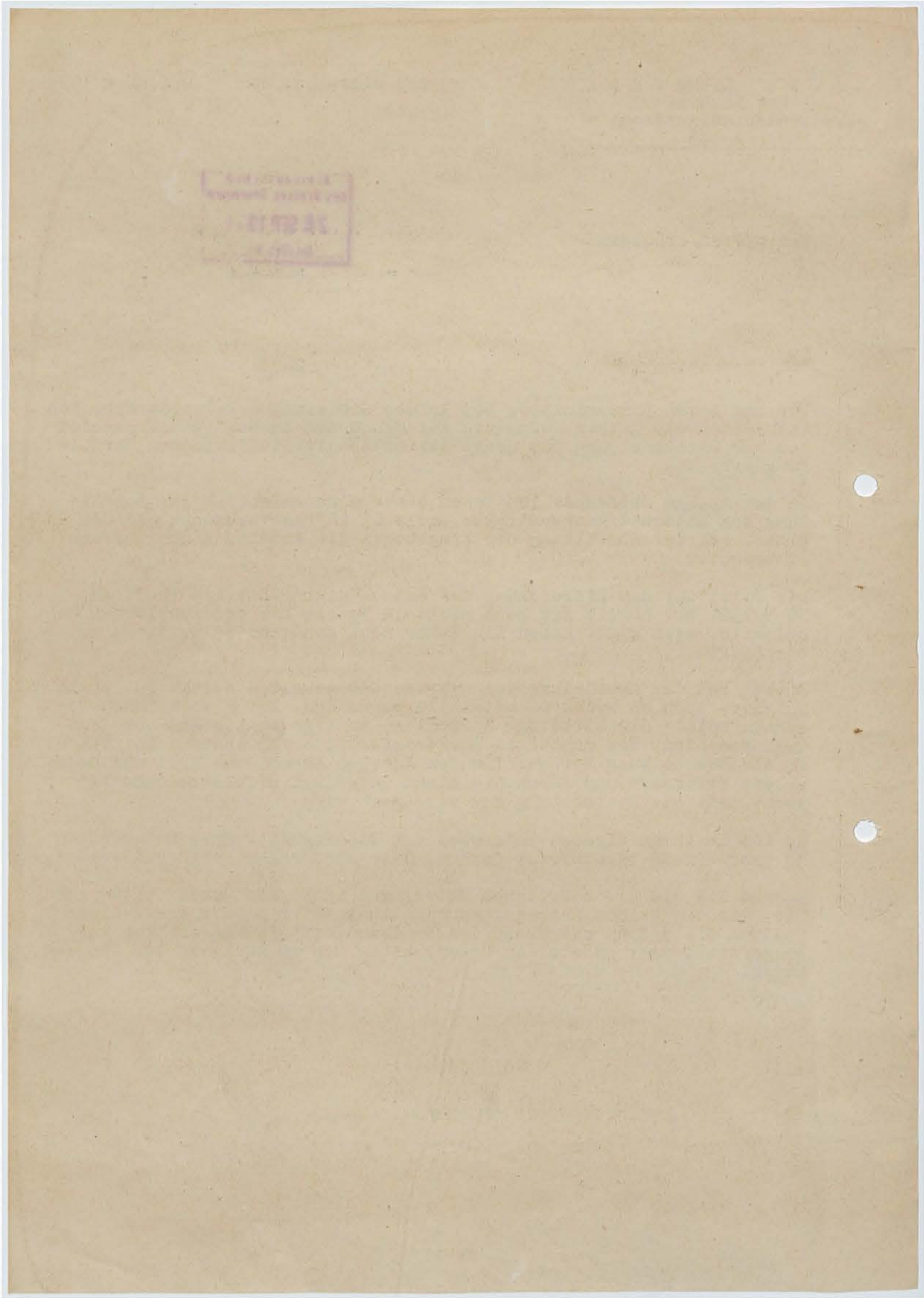
Kreisarchiv Stormarn B2







Kreisarchiv Stormarn B2



12

Nur von der Entschädigungsbehörde auszufüllen:
(Eingangsstempel)

Vor Ausfüllung Merkblatt lesen!
In Maschinen- oder Blockschrift ausfüllen!
Nicht Zutreffendes streichen!

**Kreisausschub
des Kreises Stormarn
28. SEP. 1954
Anl./Tgb. Nr.**

mit Anlagen
Nr.
Empfangsbestätigung erteilt am

Antrag
auf Grund des Bundesergänzungsgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (BEG)
vom 18. 9. 1953 (BGBl. I S. 1387)

I. Anspruchsberechtigte(r)

1. Name: Schwardt
Vornamen: Erwin geb. 16.4.1904 Willendorf Kreis Stormarn in Holstein
Geburtstag und -ort (Kreis, Land): Willendorf Kreis Stormarn Schleswig-Holstein
Jetziger Wohnort / Sitz (Kreis, Land):
Familienstand: led / verh. / ~~verw~~ / ~~gesch~~ (Straße und Haus-Nr.)
Anzahl der Kinder: 2 Alter der Kinder: 16 und 13 Jahre
Staatsangehörigkeit: frühere: Deutsch jetzige: Deutsch

2. Beruf:
Erlernter Beruf: Bauer
Jetzige berufliche Tätigkeit: arbeitslos ALFU

3. Sind Sie selbst verfolgt worden? ja / ~~nein~~
Wenn ja:
Wegen Ihrer politischen Ueberzeugung oder aus Gründen der Rasse oder des Glaubens oder der Weltanschauung?

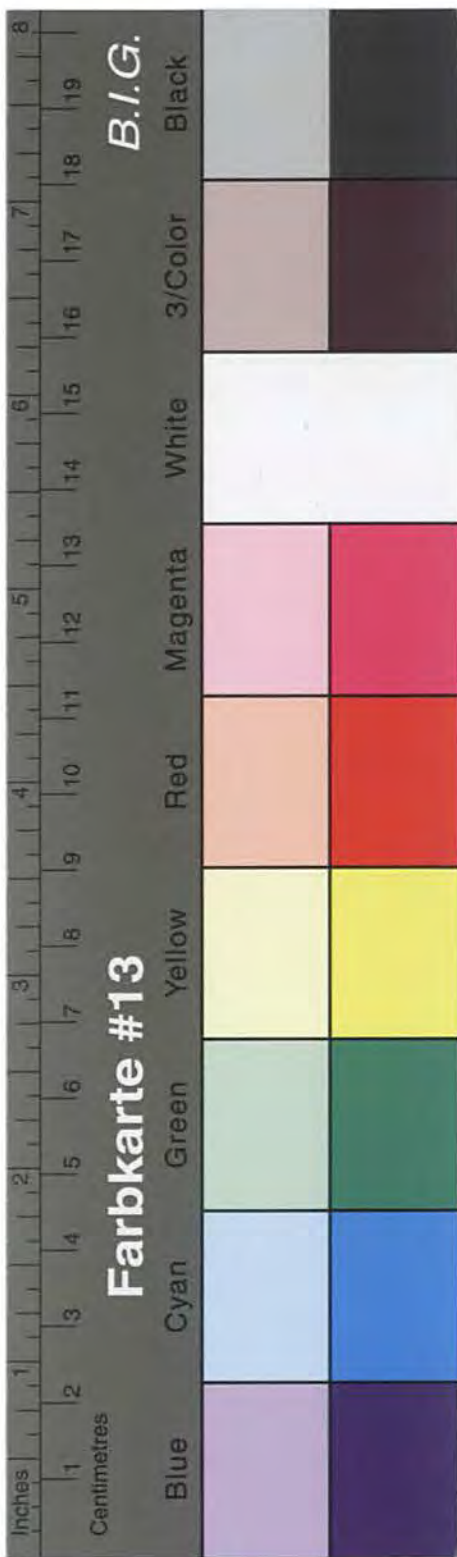
4. Leiten Sie Ihre Ansprüche aus der Verfolgung eines anderen ab? ja / ~~nein~~
Ihr Familien- oder Rechtsverhältnis zum Verfolgten:
.....
.....
.....

II. Verfolgte(r)
(Nur auszufüllen, wenn Anspruchsberechtigte(r) [s. Abschnitt I, 1] Ansprüche aus der Verfolgung eines anderen [s. Abschnitt I, 4] ableitet)

1. Name:
Vornamen:
Geburtstag und -ort (Kreis, Land):
Letzter Wohnort / Sitz (Kreis, Land):
gestorben am:
in (Kreis, Land):
Bei juristischen Personen usw. Zeitpunkt der Auflösung:
Staatsangehörigkeit: früherer: letzte:
(Straße und Haus-Nr.)

2. Beruf:
Erlernter Beruf:
Letzte berufliche Tätigkeit:

3. Verfolgt wegen seiner / ihrer politischen Ueberzeugung oder aus Gründen der Rasse oder des Glaubens oder der Weltanschauung?



Kreisarchiv Stormarn B2

- 4 -

Sind über diese Anträge bereits Entscheidungen ergangen oder Vergleiche abgeschlossen worden? ja / nein

Von oder vor welcher Stelle? Aktenzeichen?

Welche Wiedergutmachungsleistungen (Rechte, Sachwerte, Geld) haben die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen im Rückerstattungsverfahren erhalten?

Art der Leistungen:	Von welchen Stellen...
<i>Keine</i>	

Sind Ansprüche nach Art. 44 Abs. 3 US-REG bzw. Art. 36 Abs. 3 Br-REG bzw. Art. 37 Abs. 3 Berl.-REAO oder in einem Rückerstattungsverfahren nach der VO Nr. 120 der französischen Mil.-Reg. an Rückerstattungspflichtige abgetreten worden? *nein*

VI. Dem Antrag sollen beigelegt werden:

- Eine Schilderung des Verfolgungsvorganges
- Eine Erläuterung der Schadensfälle und der Höhe der erlittenen Schäden sowie Angaben über die Art der beanspruchten Entschädigungsleistungen
- Beweismittel (Originale, beglaubigte Abschriften oder beglaubigte Photokopien)

Zum Beispiel: Aufenthaltsbescheinigungen, Entscheidungen der Entnazifizierungsbehörden, Geburts-, Sterbe- und Heiratsurkunden sowie Erbnachweise (wenn der Anspruchsberechtigte nicht der Verfolgte ist), Nachweis der Eigenschaft als Heimkehrer, Vertriebener, Sowjetzonenflüchtling, heimatloser Ausländer oder politischer Flüchtling, Nachweis der Aufhebung oder Aenderung einer strafgerichtlichen Verurteilung sowie sonstige dem Beweis der Ansprüche dienende Unterlagen.

Folgende Beweismittel

Landgericht Lübeck mit Scheidenerklärung
Joh. Wendt LR Schleswig-Holstein

wurden bereits an _____ (Behörde) oder _____ (Gericht) *Siehe Anlage* *5a o/H 59/54*

zu _____ -Verfahren eingereicht.

VII. Ich versichere, daß die vorstehenden und in den beigelegten Anlagen enthaltenen Angaben richtig sind. Mir ist bekannt, daß nach § 2 des Gesetzes der Anspruch auf Entschädigung ganz oder teilweise zu versagen ist, wenn der Anspruchsberechtigte sich, um Entschädigungsleistungen zu erlangen, vor oder nach Inkrafttreten des Gesetzes unlautere Mittel bedient oder wissentlich oder grobfahrlässig unrichtige oder irreführende Angaben über Grund oder Höhe des Schadens gemacht, veranlaßt oder zugelassen hat.

Nachträgliche Veränderungen, die sich auf diesen Antrag beziehen, werde ich der Entschädigungsbehörde bzw. dem Entschädigungsgericht unverzüglich anzeigen.

Willendorf (Ort) den *8.6.9.54* (Datum) *Erwin Schwardt* (Unterschrift)

Dem Antrag sind *2* Anlagen beigelegt, und zwar:

- 1 Anlage mit Aktenzeichen*
- Abdruck des Landrats Segeberg 23.10.37*
- Aufenthaltsnachweis*
-
-
-
-
-
-
-

Nachdruck verboten. „Buchkunst“, Berlin W 35

14

Anlage zu dem Formular des Entschädigungsantrages, auf Grund des B.F.G. für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung vom 18.9.1953- B.G.B.L. S.1387.

Erwin Schwardt, Willendorf/Stormarn.

Zu VI.1. Scholderung des Verfolgungsvorganges.

Ich war Grundeigentümer des Bauernhofes in Willendorf, Größe 44,06 ha., Grundbuch Willendorf Band I. Blatt 5

Am 29.9.1934 wurde der Hof in die Erbhöferrolle unter Nr.4 als Erbhof eingetragen.

Bis Dez.1938 wurde meine Betriebsführung durch den Kreisbauernführer als gut beurteilt.-Ich verweise auf die dienstlichen Gutachten des Kreisbauernführers- Wiedergutmachungsakte L.G.Kiel- Akz.I.R.47/49 und 16.R.C.128/51.

Nach meiner Anzeige gegen den früheren Bürgermeister und stellv.Ortsgruppenleiter Schmidt-Willendorf, wegen vorgetauschten Einbruch und Beraubung der Gemeindekasse, wurde dieser später bestraft.

Schmidt war auf Grund seiner alten Parteizugehörigkeit und als guter Freund des Kreisbauernführers in dies Amt eingesetzt worden.

Nach dieser Episode änderte sich die Beurteilung über meine Betriebsführung seitens der Kreisbauernschaft schlagartig.-Von der bisherigen guten, wurde jetzt die denkbar schlechteste Beurteilung aufgestellt.

Am 29.Nov.1939 stellte die Landesbauernschaft Antrag auf Einsetzung eines Treuhänders.Gegen diesen Antrag legte ich durch meinen Rechtsanwalt Dr.Andresen Einspruch ein.Folgende Zeugen wurden benannt: 1) Bauer Eberhard Renner, 2) Hans Arp, Schönberg b.Kiel, 3) Tierarzt Dr.Otto, Geschendorf. - Dieser Antrag wurde übergangen.Es schaltete sich die Kreisleitung der NSDAP ein und beantragte die Streichung aus der Erbhöferrolle. Ich füge in der Anlage eine Abschrift der Kreisleitung Oldesloe. Daraufhin waren mehrere Termine bei dem Anerbengericht in Reinfeld. Vorsitzender des Anerbengerichts war Amtsgerichtsrat Dreyer, 1.Beisitzer Bauer Max Böhmer, stellv. Kreisleiter und Bürgermeister in Reinfeld, 2.Beisitzer war Bauer Jacob Balsen.

In normalen Zeiten hätte ich das Gericht als befangen erklären können, aber unter den derzeitigen Zeit, wäre ich in das K.Z. gelandet.

Begründung: der 1.Beisitzer war Richter und Ankläger in einer Person, der 2.Beisitzer stand vollständig unter dem Einfluß der Partei.

Die oben benannten Zeugen wurden nicht geladen und auch nicht vernommen.

Zu der Verhandlung wurde ein Originalschreiben des Ortsgruppenleiters Boschke an das Anerbengericht übersandt.In diesem Schreiben wurde ich als politisch untauglich und unzuverlässig beschrieben.

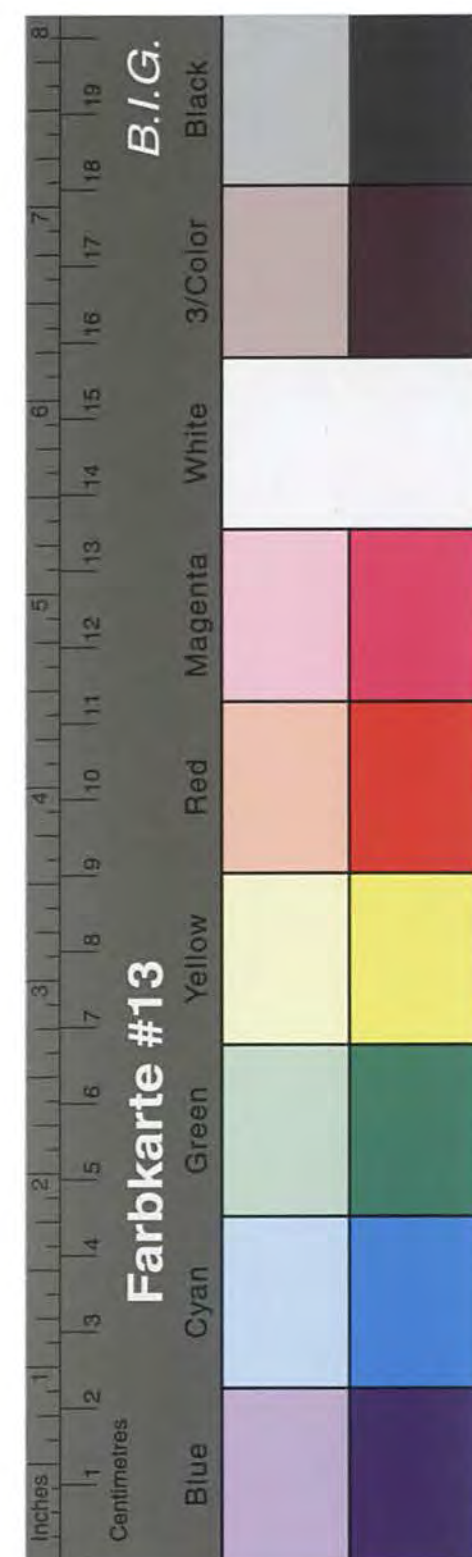
Dieses Schreiben ist aus dem Grundbuchakte verschwunden.

Dass die Urkunde vorhanden war, beweist die Anlage in der Zeugenaussage des Rechtsanw.Dr.Krämer Oldesloe vom 9.2.1952.- Bezeichnend für die politische Verfolgung ist, gegebenenfalls, wenn die Voraussetzungen für einen Angriff des Betriebsführers vorgelegen hätten, wäre die Kreisbauernschaft hierfür als Berufsorganisation zuständig gewesen.

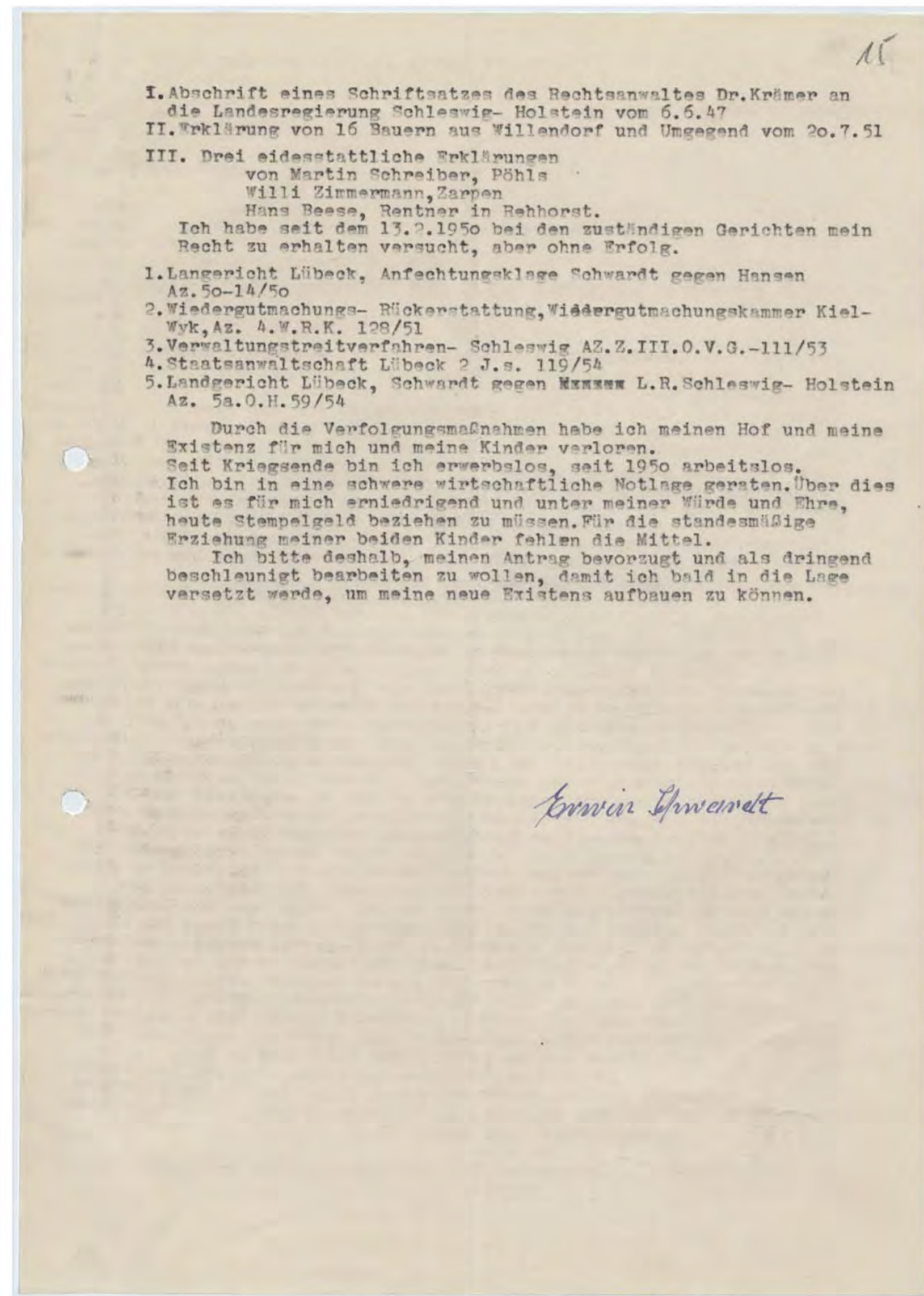
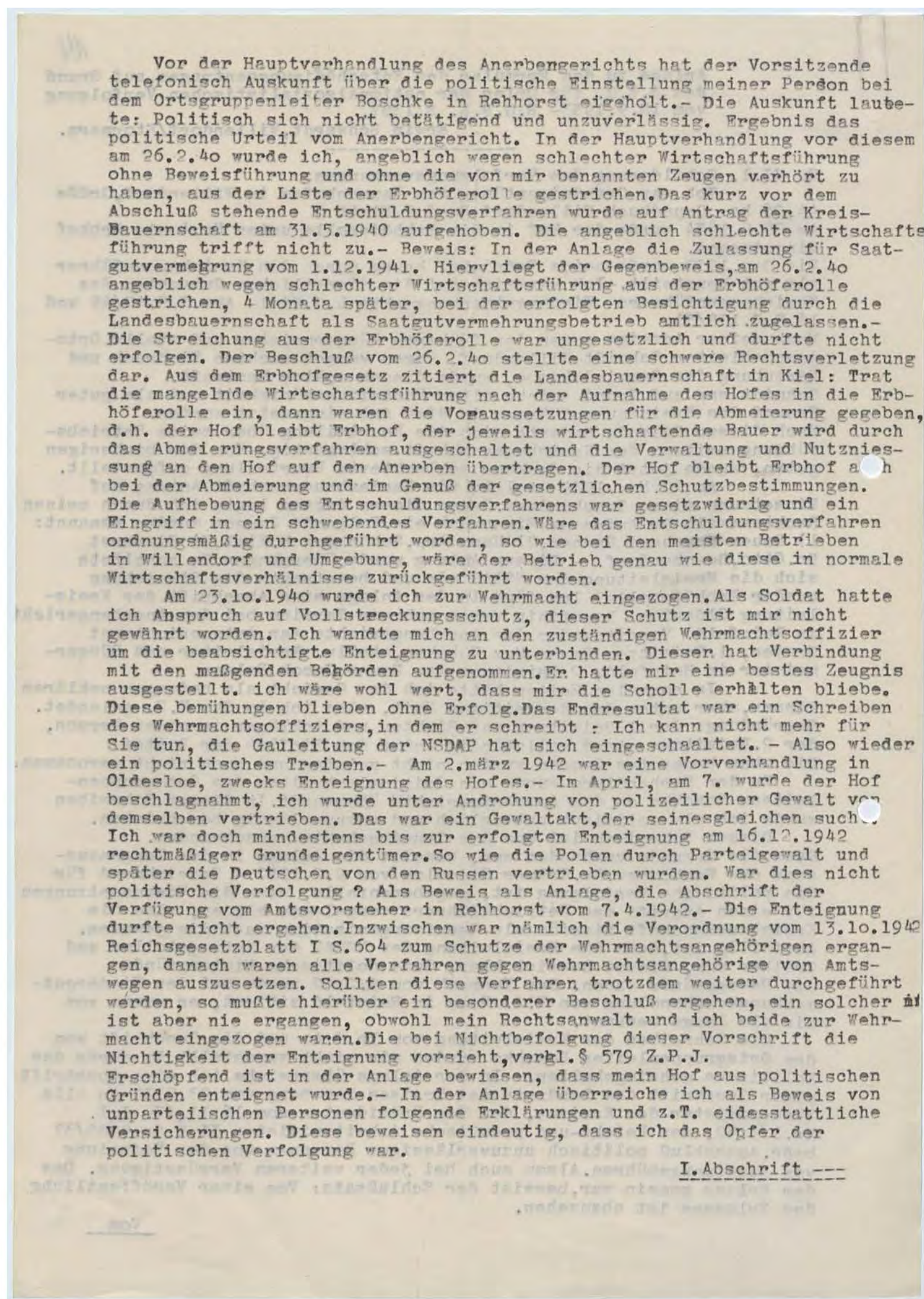
Auffällig ist, dass die Kreisleitung der NSDAP der Antragsteller und Treiber war, dieses beweist klar, dass politische Hintergründe die Beweggründe waren. Der Vermerk vom 9.2.52 wurde bei der Wiedergutmachungsverhandlung von R.A. Burg in Reinfeld zitiert, er wurde von mir als Zeuge benannt.

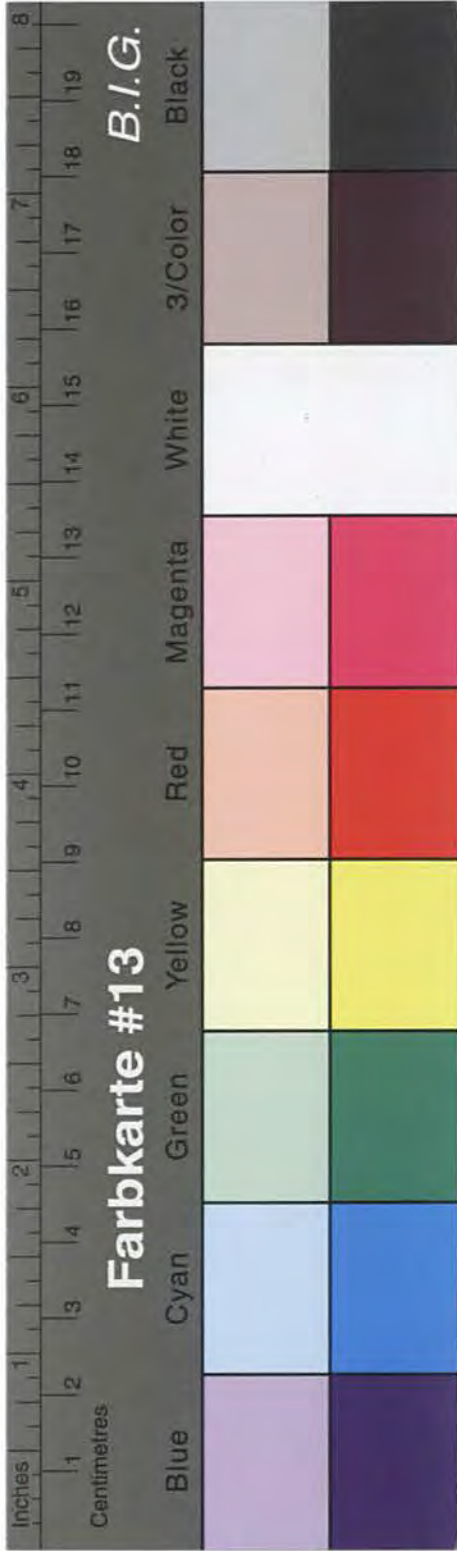
Die Schreiben der Kreisleitung vom 1a.2.40 und die Zuschrift von dem Ortsgruppenleiter Boschke wurden mir nicht zugestellt.Es wurde das Politische geheimgehalten.- In der Anlage überreiche ich eine Abschrift einer Zuschrift des Landrats des Kreises Segeberg vom 23.9.37 an alle Bürgermeister des Kreises, des Reg.Präsidenten vom 16.11.37- I.I. Nr.1/3.32, der Reichs-und preußische Arbeitsminister II.b.Nr.9985/37 betr.Ausschluß politisch unzuverlässiger Personen von der Befreiung von Rundfunkgebühren.Alsom auch bei jeder weiteren Vergünstigung. Das der Erlass gemein war, beweist der Schlußsatz: Von einer Veröffentlichung des Erlasses ist abzusehen.

Von _____

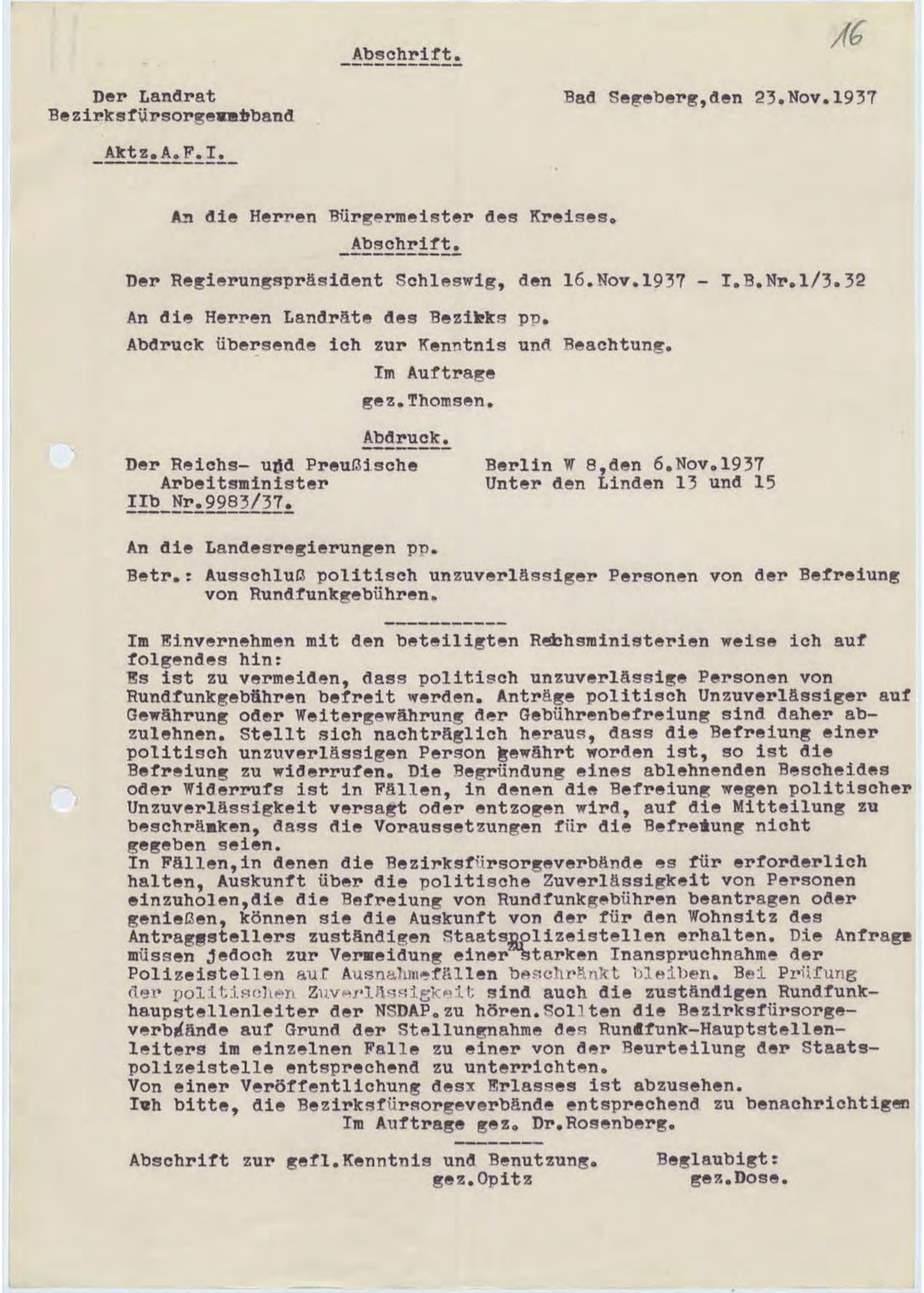
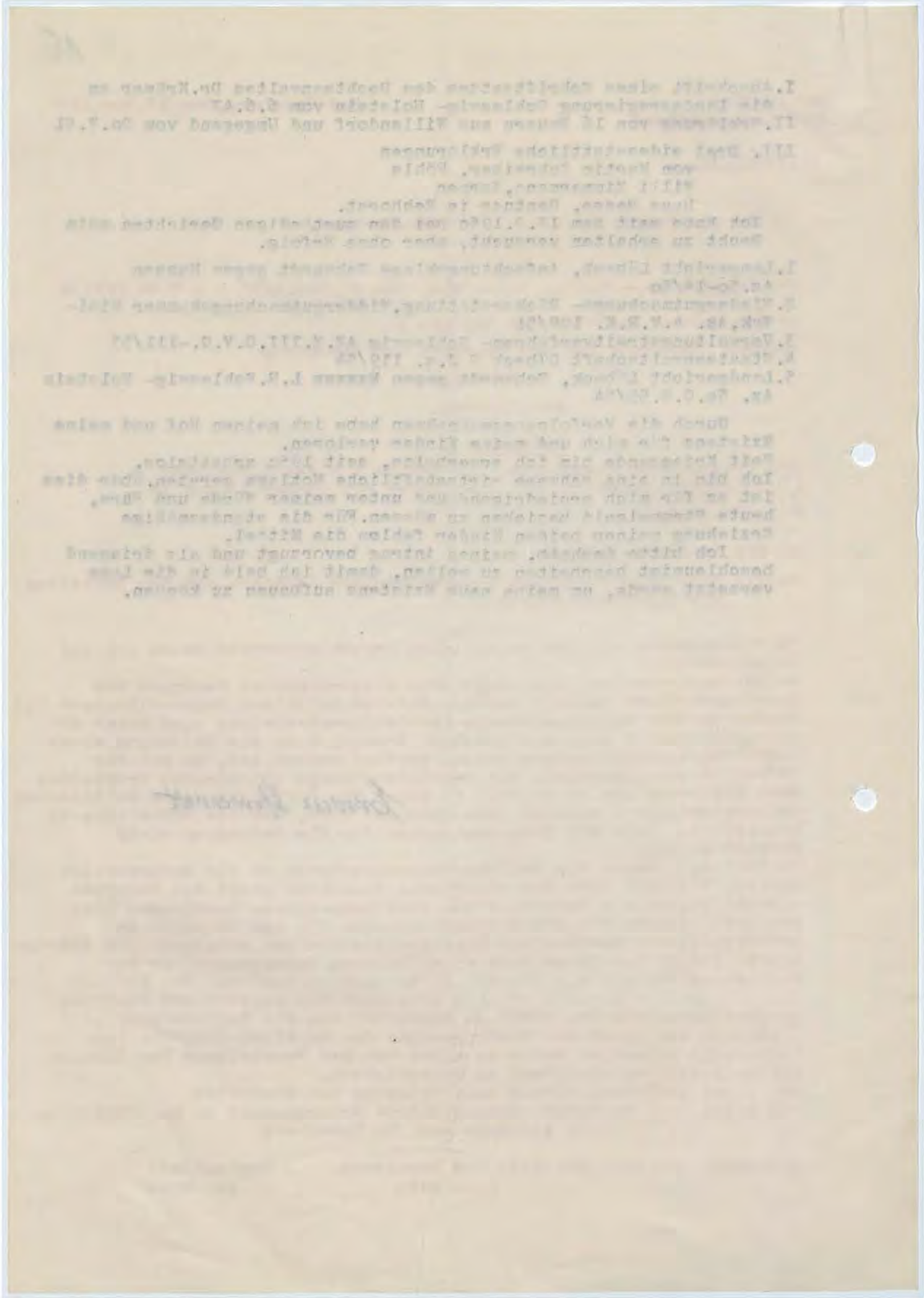


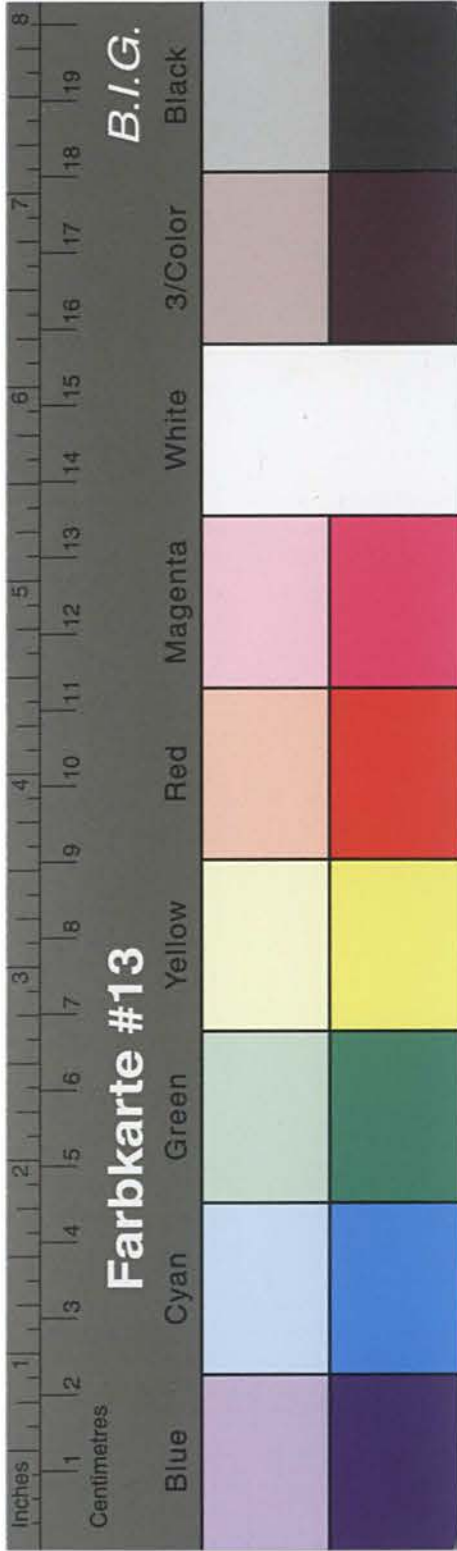
Kreisarchiv Stormarn B2



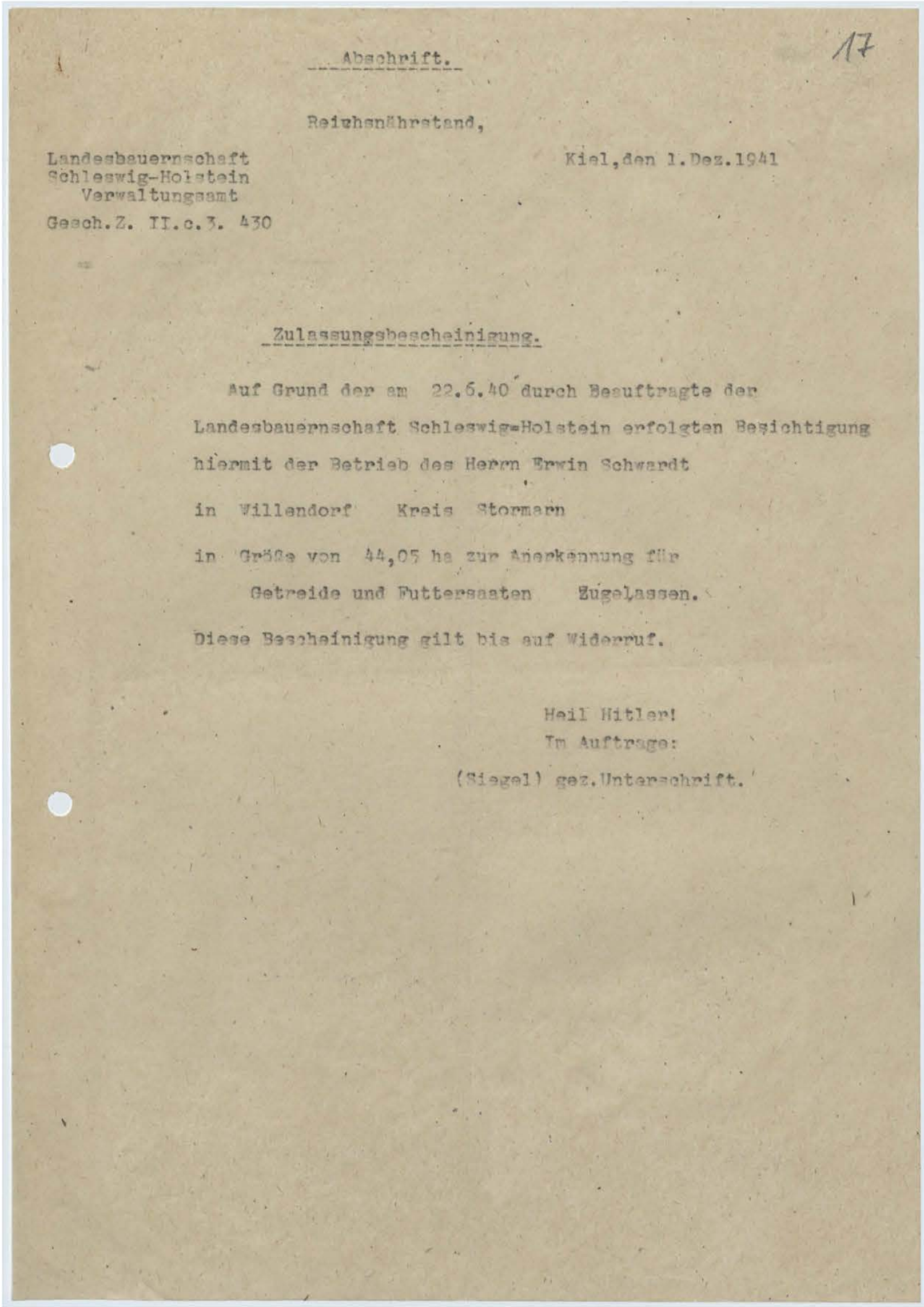
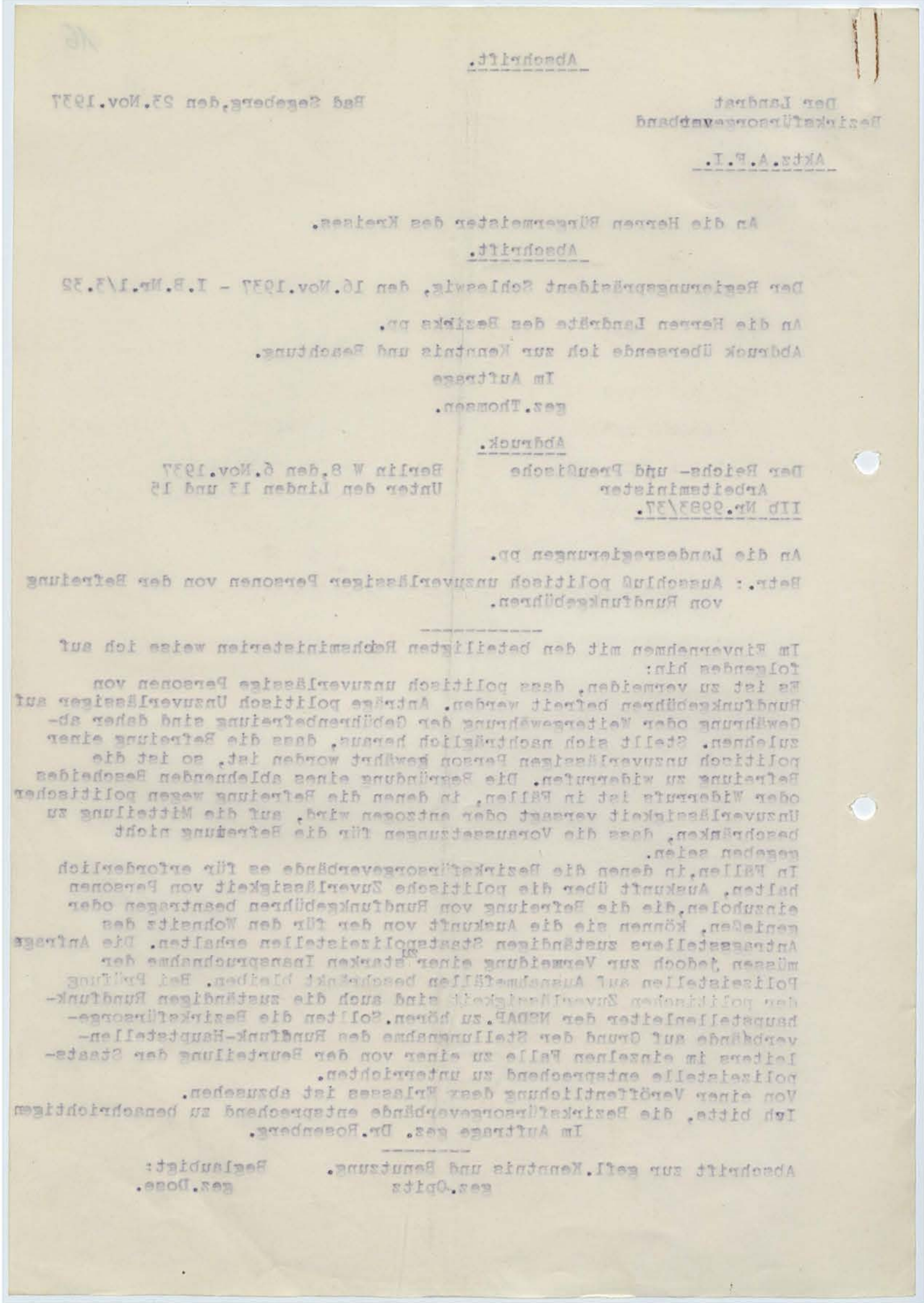


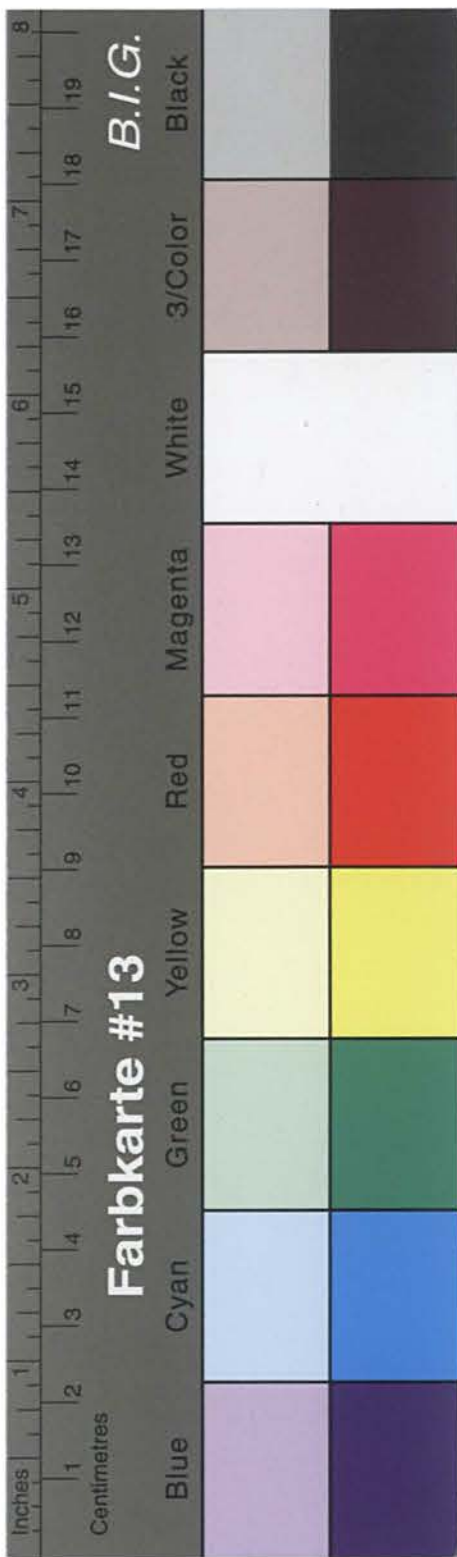
Kreisarchiv Stormarn B2



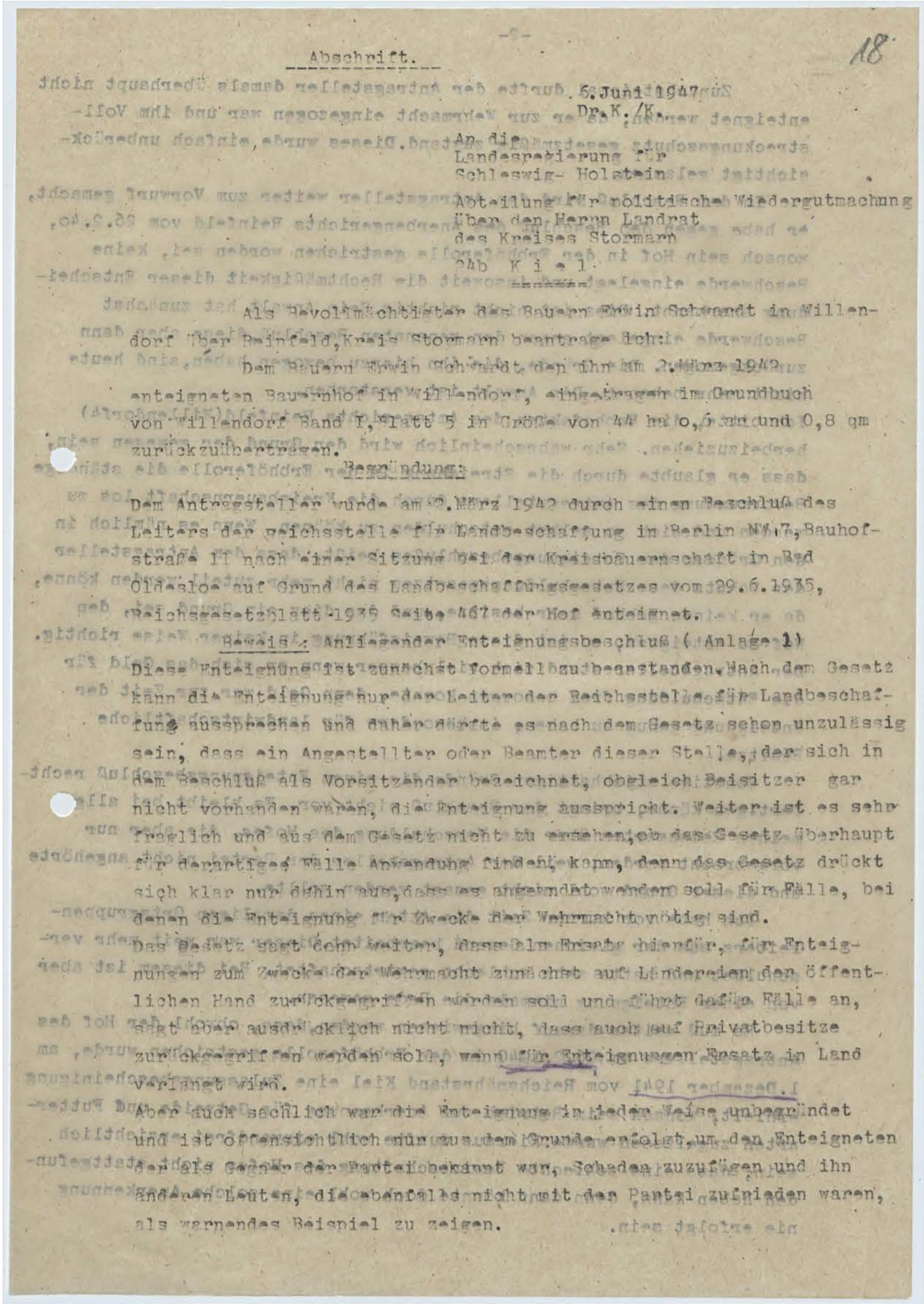
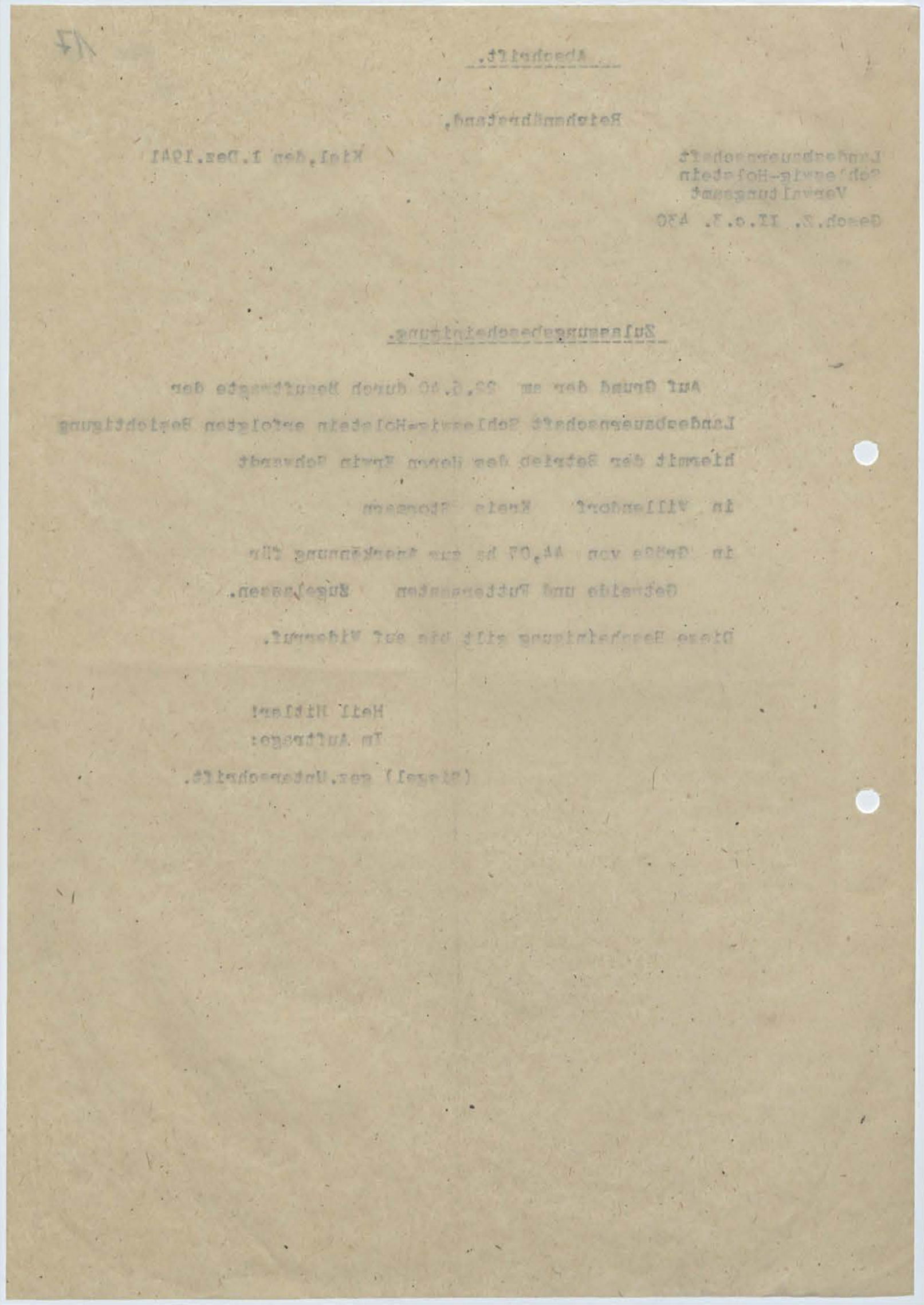


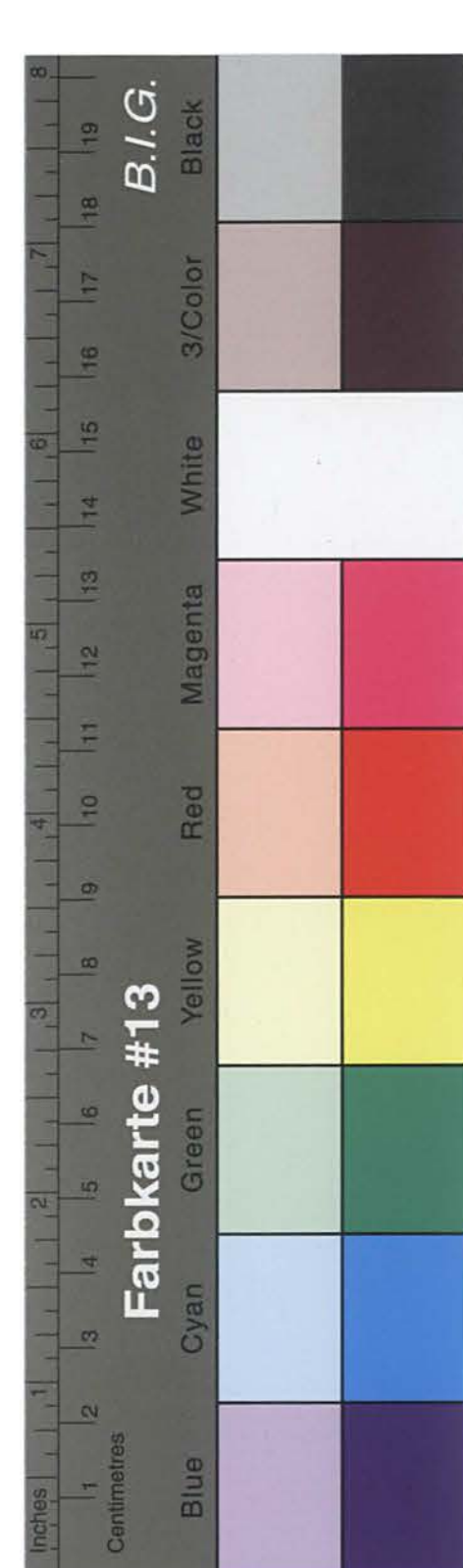
Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2





Kreissarchiv Stormarn B2

81

-2-

Zunächst dürfte der Antragsteller damals überhaupt nicht enteignet werden; da er zur Wehrmacht eingezogen war und ihm Vollstreckungsschutz gesetzlich zuerkannt war. Dieses wurde einfach unberücksichtigt gelassen. In dem Bescheid wird der Antragsteller weiter zum Vorwurf gemacht, er habe gegen den Bescheid des Anrangersgerichts Reinfeld vom 26.2.40, wonach sein Hof in der Erbhöferrolle gestrichen worden sei, keine Beschwerde eingelegt und insoweit die Rechtmäßigkeit dieser Entscheidung anerkannt. Dies ist nicht richtig. Sein Anwalt hat zunächst Beschwerde eingelegt gegen den genannten Bescheid, diese aber dann zurückgezogen. Die Gründe, die ihm hierzu bewegen haben, sind heute nicht mehr bekannt. Der Anwalt ist verstorben. Der Antragsteller hat am 8.10.40 die Erbhöferrolle des Anrangersgerichts Reinfeld (Willendorf 4) herbeizuziehen. Sehr wahrscheinlich wird der Grund der gezogen sein, dass er glaubte durch die Streichung in der Erbhöferrolle die ständige Selbstverpflichtung des Antragstellers durch die Kreisbauernschaft los zu werden. Die Streichung der Erbhöferrolle ist aber nicht zu verwechseln mit der Streichung der Erbhöferrolle. Wenn es nämlich in dem Bescheid heißt, dass der Antragsteller die Erbhöferrolle gestrichen hat, so bedeutet dies, dass der Antragsteller die Erbhöferrolle gestrichen hat, und dass dies ein Grund sei, den Antragsteller zu enteignen, so ist diese Beweisführung in keiner Weise richtig. Der Antragsteller ist ein sehr guter Bauer, wenn er sich das Geld für die Erbhöferrolle bezahlen konnte, dann Geld war zur Zeit der Enteignung vorhanden, insbesondere für landwirtschaftliche Zwecke. Die Enteignung ist ein Enteignungsbescheid, der die Enteignung rechtfertigt. Der Antragsteller bringt dem Bescheid nicht vor, es bleibt bei allen anderen Redensarten über die Verschuldung des Hofes, die aber nur die Enteignung rechtfertigen, weil der Antragsteller der Partei nicht angehörte und die Enteignung nicht gesamt werden sollte.

Ich habe vor kurzer Zeit die Akten eines damaligen Ortsgruppenleiters aus der gleichen Gegend bearbeitet. Dieser war weit mehr verschuldet als der Antragsteller. Bei diesem ist aber von einer Enteignung nichts zu hören. Der Antragsteller hat auf Weiteres hingewiesen, dass, obwohl der Hof des Antragstellers am 26.2.1940 in der Erbhöferrolle gestrichen wurde, am 1. Dezember 1941 vom Reichsnährstand Kiel eine Zulassungsbescheinigung erteilt wurde, wonach der Antragsteller zum Anrangersgericht für Getreide und Futterarten zugelassen wurde. Hieraus dürfte wohl einwandfrei ersichtlich sein, dass der Antragsteller eine schlechte Bewirtschaftung des Hofes nicht stattgefunden hat, sondern dass die Enteignung nicht gerechtfertigt ist. Eine Anerkennung ist erfolgt sein.

19

-3-

Ich habe schon oben erwähnt, dass die allgemeinen Redensarten zur Begründung des Enteignungsbeschlusses nur dazu dienen sollten, den wahren Grund der Enteignung zu verschleiern und der wahre Grund war, es sollte dem alten Kämpfer und SA-Mann Thomas Hansen, dem jetztigen Besitzer des Hofes, ein guter Hof verschafft werden. Typisch war auch das politische Gutachten, dass der Kreisgeschäftsführer der NSDAP an das Anrangersgericht in Reinfeld in dem Verfahren wegen Löschung in der Erbhöferrolle abgegeben hatte.

Hier heißt es unter anderem: "Man kann einfach nicht verstehen, dass er noch als Erbhöferbauer geduldet wird" und weiter "Schwardt ist ein Alkoholiker und diesem restlos verfallen".

"Jedes weitere Zögern ist nicht zu verantworten" und "hier muß endlich ganz energisch durchgegriffen werden."

Also ein strikter Befehl der Kreisleitung, den Antragsteller abzuwürgen, und diesem Befehl kam das Anrangersgericht Reinfeld auch prompt nach, obwohl sogar der dem Antragsteller feindlich gesinnte Ortsgruppenleiter Boschke in seiner Zeugenvernehmung aussagte, das Trinken des Antragstellers habe in letzter Zeit nachgelassen. Der Antragsteller hat im Übrigen immer bestritten, dass er je Trinker in dem Sinne gewesen sei, dass er dem Alkohol verfallen wäre.

Es wird gebeten, über die ganzen Vorfälle eine Auskunft des zuständigen Bürgermeisters und des Ortsbauernvorstehers einzuholen. Weitere Zeugen dafür, dass die Enteignung nur wegen der Nichtzugehörigkeit des Antragstellers zu der NSDAP und Einstellung gegen die NSDAP, und deshalb um den alten Pg. Hansen einen Hof zu beschaffen, erfolgte, können jederzeit beigebracht werden.

Es wird weiter gebeten, die Akten des Entnazifizierungsausschusses Bad Oldesloe über den jetzigen Besitzer Hansen einzuholen.

2 Anlagen

Rechtsanwalt.



Handwritten text on a piece of aged paper, likely a letter or document. The text is written in German and appears to be a formal communication. The paper is yellowed and shows signs of age. The handwriting is in dark ink, possibly from the early 20th century. The text is somewhat faded and difficult to read in some places. The paper is oriented vertically in the image.

12. Okt. 1954.

Kreisentschädigungsamt
4-1/9 Schwar dt - D./-

An das
Landesentschädigungsamt
Schleswig-Holstein,

K i e l .

In der Wiedergutmachungssache Erwin S c h w a r d t
in Willendorf

-Aktenzeichen: ? -

überreiche ich anliegend den bei mir gestellten Wiedergutmachungs-
antrag nach dem EEG. mit der Bitte um die dortige Entscheidung.
Auf die dem Antrage beigefügten Unterlagen verweise
ich.

Im Auftrage:

243



Kreisarchiv Stormarn B2

